

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 20 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Telefon: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die flüßigspaltige Zeile oder deren Raum 20 Pfg., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, bei der Expedition abgegeben werden.

Nr. 64.

Dienstag, den 17. März 1914.

21. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

## Die Nachwahl in Borna-Pegau.

Das Jahr 1914 hat uns bereits eine ganze Reihe von Nachwahlen zum Reichstage gebracht: am 3. Februar wurde in Offenb urg-K ehl in Baden um die Neubesehung des für ungültig erledigten Mandats gerungen, das bis dahin der nationalliberale Abgeordnete Kölsch innegehabt hatte; die Hauptwahl führte zu keiner Entscheidung, in der Stichwahl siegte am 14. Februar mit der knappen Mehrheit von 81 Stimmen der Zentrumsmann Dr. Wirth über den bisherigen Abgeordneten, für den die Stimmen unserer Genossen vollständig in die Wagschale geworfen worden waren. In K ö l n-L a n d siegte am 12. Februar, und zwar bereits im ersten Treffen, gleichfalls der Zentrumsmann; es war dies der bisherige Abgeordnete Rudhoff, dessen Mandat der Reichstag ebenfalls kassiert hatte. Die dritte Nachwahl war die von J e r i c h o w, in der unser Genosse Haupt um sein Mandat zu kämpfen hatte; in der Hauptwahl am 10. Februar kam es zu keiner Entscheidung; in der zehn Tage später ausgetragten Stichwahl, in der die „vereinigten Liberalen“ zu entscheiden hatten, ging das Mandat an den konservativen Schiele verloren.

Die beiden zuletzt genannten Siege des ehemaligen schwarzblauen Bloßes waren in erster Linie der offenen Rechtsabwendung der Nationalliberalen zuzuschreiben; in Köln-Land hatten sie, die „Kulturkämpfer“ von einst, schon in der Hauptwahl in hellen Häufen für den Zentrumskandidaten gestimmt, und so den glatten Sieg Rudhoffs entschieden, in Jerichow waren gleichfalls schon in der Hauptwahl viele nationalliberale Mannschaften nach rechts abgerückt, denen dann das Gros dieser Helden in der Stichwahl folgte.

Was die Stimmengahlen der einzelnen Parteien bei den drei genannten Nachwahlen angeht, so hatte die Sozialdemokratie in Offenb urg-K ehl einen recht erheblichen Verlust an Wählern zu beklagen, während wir in Köln-Land rund 200, in Jerichow I und II rund 600 Stimmen gewannen. Weit größer aber war bei allen drei Wahlen der Stimmengewinn der reaktionären Parteien; der Liberalismus hatte überall sehr starke Stimmenverluste zu buchen.

Diese Ergebnisse ließen der reaktionären Presse den Ramm mächtig schwellen: in hohen Tönen sangen Post, Deutsche Tageszeitung und Blätter ähnlichen Kalibers das Lied von dem „Erwachen“ des deutschen Volkes aus dem „Rausche von 1912“; in immer neuen Variationen wurde konstatiert, daß der „bebauerten Radikalisierung“ der deutschen Wählerchaft jetzt endlich Einhalt geboten sei, die Siege der Reaktion werden hingestellt als eine Verurteilung der „Zabernheke“ durch das deutsche Volk, als ein Bekenntnis zur Kommandogewalt, zum Militarismus im allgemeinen und zur Riesenmilitärvorlage des letzten Sommers im besonderen. Mehr oder minder deutlich wurde Herr v. Bethmann-Hollweg aufgefordert, die günstige Gelegenheit beim Schopfe zu ergreifen, den unverfälschten Stimmungsumschwung in den Wählermassen auszunutzen und den Reichstag der roten Hundertundsechzig — nach König Seydebrands berühmtem Worte — „zum Teufel zu jagen“.

Unter diesen Umständen erlangt nun die v i e r t e unter den Nachwahlen dieses Frühjahrs eine ganz besondere Bedeutung: es ist die Nachwahl im 14. sächsischen Reichstagswahlkreis, B o r n a - P e g a u; am 17. März, dem heutigen Dienstag, soll dort entschieden werden über das Mandat des bisherigen Abgeordneten v. Liebert, der im Nebenamt Mitglied der Reichspartei, im Hauptamt Chef des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie ist. Zeigt auch diese vierte Nachwahl wieder eine Zunahme der reaktionären Kandidaten, so wird der Hebermut der Reaktion ins Grenzenlose wachsen und diejenigen werden Oberwasser bekommen, die nur noch eine günstige Gelegenheit abwarten, um einen Konflikt mit „diesem“ Reichstag vom Zaune zu brechen; bei einer Reichstagsauflösung und bei Nachwahlen unter irgendeiner „nationalen“ Parole (wie leicht ist so etwas zu finden!) hoffen die Herrschaften dann im trüben fischen, die sozialdemokratische Fraktion dezimieren und eine sichere Mehrheit für den hochschulzöllnerischen „L i e b e r t“ zustarfen zu können. Denn darauf in letzter Linie kommt es der Reaktion an: den Massen noch gründlicher als bisher das Fell über die Ohren ziehen zu können: das ist der Zweck der ganzen Übung.

So gilt denn die Nachwahl in Borna-Pegau als Barometer für die Stimmung des ganzen deutschen Volkes, so zieht der Wahlausfall in diesem einem Kreise vielleicht weite politische Konsequenzen nach sich. Das ist auch der Grund, weshalb in allen Parteilagern der Verlauf des Kampfes in dem Wahlkreise mit ganz besonderer Spannung verfolgt wird.

Wie stehen nun in Borna-Pegau die Aussichten für das Gelingen der reaktionären Pläne? Es handelt sich — das ist von vornherein festzuhalten — um einen noch vorwiegend ländlichen, kleinbäuerlichen Wahlkreis, der in einzelnen Teilen heute allerdings bereits stark mit Industrie durchsetzt ist; in den kleinen und wenig zahlreichen Städten herrscht noch durchaus das Kleinergewerbe vor. Und auf diese ökonomische Struktur des Wahlkreises gründen sich denn auch vornehmlich die Hoffnungen der Reaktion.

Bis zum Jahre 1903 hat der Wahlkreis auch stets zum sicheren Besitzstand der rechtsstehenden Parteien gehört. Erst die besonderen Umstände, unter denen die Dreimillionen-Wahl von 1903 besonders in Sachsen vor sich ging, brachten auch den 14. Wahlkreis in den Besitz der Sozialdemokratie: in der Hauptwahl erhielt Genosse Schöpflin 10 403 Stimmen, der konservative Prämann 8804 und ein Freisinniger 3162. In der Stichwahl siegte Schöpflin mit 12 698 Stimmen über den Konservativen, der 10 688 Stimmen auf sich vereinigte.

Bei den Hottentottenwahlen von 1907 ging uns dann auch Borna-Pegau wieder verloren — wie so manche andere Kreise: in der Hauptwahl gingen Schöpfkins Stimmen auf 9811 zurück, der jetzt zum erstenmal hier aufgestellte Herr v. Liebert erhielt 10 812 Stimmen; die ehemals freisinnigen Stimmen waren restlos (ein freisinniger Redner erklärte das dieser Tage in einer Wählerversammlung in Großschönau ganz offen!) auf einen Reformier übergegangen, einen Herrn Kurt Fröhliche; heute ist dieser Gegenkandidat Lieberts eifrigster Wahlmacher. In der Stichwahl kamen 1907 natürlich die reformistischen Stimmen Herrn v. Liebert zugute, der mit 14 378 Stimmen (gegen 10 922) Schöpflin das Mandat entriß.

Im Jahre 1912 hatte sich unsere Stimmengahl wieder beträchtlich gehoben; wir waren von neuem an die erste Stelle gerückt und hatten mit 11 556 Stimmen sogar noch unsere Stimmengahl von 1903 um rund 1100 Stimmen überholt. Herrn v. Lieberts Stimmengahl war dagegen gegen 1907 um etwa 3500 gesunken, von 10 812 auf 7331. Aus den früher freisinnigen, dann reformistischen Stimmen waren jetzt zur Abwechslung nationalliberale Stimmen geworden. Der nationalliberale Kandidat Nischke erhielt 7217 Stimmen, blieb also nur um eine ganz geringe Stimmengahl hinter Herrn v. Liebert zurück. In der Stichwahl siegte Herr v. Liebert dann nicht mit über 1000 Stimmen, wie das Leipziger Völkchen vom Dienstag in einem auch sonst sehr trübseligen Leitartikel behauptete, sondern nur mit der ganz knappen Mehrheit von 23 Stimmen (13 081 gegen 13 058) gegen unsern Genossen Nischke (dieser hatte inzwischen an Stelle Schöpfkins, der in einem andern Wahlkreise gewählt worden war, die Kandidatur übernommen); außerdem wurden in der Stichwahl 512 weiße Zettel abgegeben.

Diesmal nun ist der Aufmarsch der Parteien wieder genau der gleiche wie 1912: dieselben Parteien und dieselben Kandidaten — Liebert, Nischke und Nischke. Für Liebert treten außer den Reichsparteilern auch die Deutschkonservativen, die Antisemiten, der Bund der Landwirte und, neben den im Kreise leider ziemlich starken gelben Arbeiterorganisationen, auch (in einer besonderen Rundgebung!) das — Zentrum ein, das allerdings über nicht viel mehr als hundert Anhänger im ganzen Kreise verfügen dürfte; mit den Nationalliberalen geht, wie überall neuerdings, der Freisinn Hand in Hand, dessen besondere sächsische Spielart sich vom Nationalliberalismus allerdings kaum noch irgendwo unterscheidet.

Der Wahlkampf wird von allen drei Parteien mit Flugschriften, besonderen Wahlzeitungen und Versammlungen außerordentlich energisch geführt. Die Auseinandersetzungen in den Versammlungen dauern meist bis tief in die Nacht. Besonders eifrig sind die Konservativen tätig: nicht nur Herr v. Liebert in Person hat seit sechs Wochen im Wahlkreise selbst sein Hauptquartier aufgeschlagen, um an Posthaltern und in Fabriken persönlich für sich zu werben — mit ihm durchziehen unermüdet Reichsverbandsagitatoren, Agenten des Bundes der Landwirte und konservative Parteisekretäre den Kreis: diesen Herren Burgemeister und Peters, diesen Herren Köhler und Böckmann, Fröhliche, Philipp, Romm, Sommerburg und wie sie sonst noch heißen mögen, begegnet man im Wahlkampfe auf Schritt und Tritt. Außer in ihren eignen Versammlungen treten sie auch in den von den andern Parteien einberufenen Versammlungen oft gleich rüdelweise auf. Die Haupttätigkeit dieses großen Stabes der konservativen Agitatoren aber besteht in der technischen Vorbereitung der Wahl; überall auf den Dörfern halten sie im engsten Kreise Besprechungen ab, in denen alle Einzelheiten des Wahlkampfes und der Arbeit am Wahltage selbst geregelt werden.

Herr Nischke, der Kandidat der Nationalliberalen, steht auf dem äußersten rechten Flügel seiner Partei; auch er ist für die volle Aufrechterhaltung unserer „bewährten“ Wirtschaftspolitik, für Ausnahmegeetze gegen die Gewerkschaften, für Militarismus und Marinismus, gegen das Koalitionsrecht der Beamten, Eisenbahner und Landarbeiter. Für ihn arbeiten außer nationalliberalen Parteisekretären vor allem Beamte von Unternehmerorganisationen — zum großen Leidwesen Lieberts, der immer wieder behauptet, er sei der allein geeignete Vertrauensmann der Großindustrie.

Diese beiden Parteien nun wirken sehr heftig aber mit unendlich kleinlichen Pfiffen und Kniffen gegeneinander; das glorreiche Ziel jeder dieser Parteien ist nämlich, die andere aus der Stichwahl mit uns herauszudrängen. Ein heiteres Intermezzo in diesem Kampfe ist die bittere Klage der Nationalliberalen darüber, daß Herr v. Liebert für sich die Mittel und Kräfte des — Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie in Anspruch nähme, auf die sie, die Nationalliberalen, als brave Reichsverbändler doch auch Anspruch hätten! „Zuständigen Orts“ soll deshalb über den Vorstehenden des Reichsverbandes Beschwerde geführt werden wegen dieser „unzulässigen Inanspruchnahme“ von Verbandsmitteln für seine persönlichen Zwecke. Man darf dem Ausgange dieses häuslichen Reichsverbandsstreits mit heiterer Freude entgegensehen.

Die Sozialdemokratie führt den Wahlkampf mit der gleichen grundsätzlichen Schärfe gegen beide Gegner. Mit dem vollen Bewußtsein treu erfüllter Pflicht sieht sie der Entscheidung des 17. März entgegen.

## Politische Rundschau.

Deutschland.

### Der Rückgang der Sozialdemokratie.

Das Organ des Reichskanzlers, die „Nordd. Allgemeine Zeitung“ macht sich das Vergnügen, den Rückgang der Sozialdemokratie zahlenmäßig zu beweisen. Es werden aufgezählt die Wahlkreise Neumarkt (Oberpfalz), Sternberg, Salzweber, Rastatt, Landsbut (Bayern) usw. Lauter Kreise, die für uns ernstlich gar nicht in Frage kommen und in denen daher bei den stattgefundenen Nachwahlen eine besondere Tätigkeit unsererseits gar nicht entfaltet wurde. Besonders schwer fällt aber für das Kanzlerblatt der Ausfall der Erstwahl für Bebel, in Hamburg I ins Gewicht. Das Blatt erzählt seinen Lesern, daß dort am 17. Oktober mit einem Stimmenverlust von 3000, der Sozialdemokrat Peterßen gewählt wurde. Wenn die „Nordd. Allg. Ztg.“ diese Angaben auch aus einer in den weitesten Kreisen völlig unbekannten Winkelkorrespondenz geschöpft hat, so könnte das Blatt doch wissen, daß der Nachfolger Bebel's nicht Peterßen heißt, sondern Stolten und außerdem könnte das Regierungsblatt bei aller Beschäftetheit, doch soviel wissen, daß in Hamburg I ganze Straßen niedergelegt worden sind, in denen gerade unsere Wähler gewohnt haben. In Jerichow haben wir unsere Stimmen vermehrt, den Kreis Fütterbog-Ludenwalde haben wir erobert, in Köln-Land ist unsere Stimmengahl auf der alten Höhe geblieben — das sind Kreise, in denen wir ernstlich gekämpft haben. Selbst die „Kreuzzeitung“ hat erst kürzlich betont, daß es ganz falsch wäre, daraus auf einen Rückgang der Sozialdemokratie zu schließen, daß wir in einigen Kreisen bei Nachwahlen Stimmen eingebüßt haben. Die „Nordd. Allgem. Ztg.“ betreibt es aber offenbar als eine Art Sport, den „Rückgang“ der Sozialdemokratie zu beweisen — ein Vergnügen, das uns nicht im mindesten wehtun kann.

### Der „Erfolg“ der „Germanisierung“ in der Ostmark.

Im Jahre 1886 wurde die preussische Ansiedlungskommission gegründet; sie sollten die Ostmark „germanisieren“. Die neue Denkschrift veranlaßt zur Gegenüberstellung einiger interessanter Zahlen. Während geplant war, hauptsächlich die Polen auszufahren, hat die Ansiedlungskommission bis 1913 von Deutschen nicht weniger als 313 600 Hektar und von Polen nur 124 900 Hektar erworben. Nahezu zwei Drittel des Landes sind also von Deutschen zu Ansiedlungszwecken gekauft und zwar zu exorbitant hohen Preisen, so daß die ostmärkische Agrarier ein glänzendes Geschäft gemacht haben und deshalb begeisterte Anhänger dieser Polenpolitik sind. Ganz ungeheuerlich ist die Steigerung der Bodenpreise: 1886 zahlte die Ansiedlungskommission im Durchschnitt 570 Mark pro Hektar. 1913 wurde der Hektar mit 1820 Mark, das ist dreieinhalb Mal soviel als im Jahre 1886, bezahlt.

Eine bodenständige Bevölkerung wollte man anziehen. Auch das ist nicht erreicht worden, denn die Ansiedler betrachten das Land als Spekulationsobjekt.



Die wollen durch Kauf und Verkauf viel verdienen, und daher haben im Jahre 1913 nicht weniger als 576 Anfechtungen ihren Ursprung genommen, und die Anfechtungskommission muß eingestehen, daß beim Verkauf der Stellen zum Teil erhebliche Gewinne erzielt worden sind. Das sind die „Erfolge“ der Polenpolitik, für die Hunderte Millionen Steuergroschen verschwendet worden sind.

### Verkehrsfeindlichkeit des preussischen Abgeordnetenhauses.

Das preussische Abgeordnetenhaus hielt am Montag eine Sitzung von ungewöhnlich langer Dauer ab, in der es die Beratung des Etats der Eisenbahnverwaltung begann. Die Debatte drehte sich zunächst lediglich um die finanziellen und wirtschaftlichen Seite der Eisenbahn. Die Redner aller Parteien stimmten darin überein, daß die Lage der preussischen Eisenbahn eine überaus günstige sei. In der Tat ist die Verwaltung in der Lage gewesen, Jahr für Jahr ansehnliche Summen in den Ausgleichsfonds abzuführen. Trotz alledem denkt die Regierung nicht daran, den auf dem Volke lastenden Steuerdruck zu erleichtern, und so hat sich allmählich ein ganz ungesunder Zustand herausgebildet. Auf der einen Seite werden Überschüsse erzielt und angeammelt, auf der anderen Seite immer höhere Steuern erhoben. In diesem Zustand will die Regierung und die Mehrheit des Landtages auch ferner festhalten. Man betrachtet nach wie vor die Eisenbahn in erster Linie als eine ergiebige Einnahmequelle; von Verkehrsreformen will man nichts wissen. So hat die Debatte am Montag wiederum gezeigt, daß die Mehrheit allen Reformen durchaus abhold ist; sie bekämpft allgemeine Tarifermäßigungen. Die Konservativen wenden sich sogar gegen billigere Vorratstaxe und Arbeiter-Wochenkarten. Die Anregungen unseres Genossen Ströbel und des Fortschrittlers Pachnke auf Verbesserungen im Verkehrsweisen fielen daher auf einen durchaus unfruchtbaren Boden.

### Polendemonstration in Berlin.

In Berlin ist es am Sonntag morgen in einer katholischen Kirche zu heftigen Demonstrationen der Polen gekommen, die bei der polenfeindlichen Stimmung in Preußen noch eine politische Bedeutung gewinnen werden. Eine große Anzahl der in Berlin beschäftigten Polen sind in groß-polnischen Vereinen organisiert. Dieser Kreise hatte sich schon in den letzten Wochen starke Erregung darüber bemächtigt, daß der Konfirmanden-Unterricht in deutscher Sprache erteilt wurde. Am Sonntag sollte nun in der im Norden Berlins liegenden St. Paulus-Kirche die Kommunion stattfinden. Die Geistlichkeit rechnete mit Unruhen; sie hatte vorläufig die Polizei zu Hilfe gerufen. Um 8 Uhr morgens erschienen 2000 Personen in der Kirche. Beim Eintritt wurde die Fahne des national-polnischen Arbeitervereins Casimir enthüllt, aber sofort von einem Kriminalbeamten konfisziert. In der weiteren Folge kam es dann zu lärmenden Auseinandersetzungen mit den Geistlichen, und schließlich erschien ein Polizeioffizier mit 80 Polizisten und räumte die Kirche. Der Vorsitzende des Arbeitervereins Rasmarek und ein anderer Pole Slomski wurden verhaftet.

Die Berliner Zeitungen vom Montag Abend behandeln die Vorgänge je nach ihrer politischen Stellung. Die rechtsstehenden Blätter schreiben natürlich nach Ausnahmemaßregeln gegen die Polen. Sie haben immer noch nicht begriffen, daß man mit Gewaltmaßnahmen niemals etwas erreichen kann.

### Internationaler Vertrag zum Schutze des menschlichen Lebens auf See.

Diesen Titel führt, wie schon kurz gemeldet, eine Vereinbarung, die zwischen den Seehandel treibenden europäischen Staaten, sowie den Vereinigten Staaten von Amerika und Canada getroffen worden ist. Diese Bestimmungen sollen am 1. Juli 1915 in Kraft treten. Der Vertrag ist das Ergebnis einer Konferenz, die infolge der furchtbaren Titanic-Katastrophe in London stattgefunden hat. Die vertragsschließenden Teile verpflichten sich, die Vertragsbestimmungen zur Anwendung zu bringen, alle Maßnahmen zu ergreifen, die geeignet sind, den Vertrag voll und ganz zur Wirksamkeit zu bringen. Den Bestimmungen des Vertrages sind aber nur die mit Maschinenkraft fortbewegten Kausfahrtschiffe, die mehr als 12 Passagiere an Bord haben, unterworfen. Dann wird bestimmt, daß zur Zerstörung von Wracks im nördlichen Teile des Atlantischen Ozeans, zur Prüfung und Beobachtung der Eisverhältnisse und zum Auffuchen des Treib-eises zwei amerikanische Schiffe in Dienst gestellt werden. Zur Zerstörung der gefährlichen Wracks sollen nach Möglichkeit Kriegsschiffe herangezogen werden. Charakteristisch für den ganzen Vertrag ist, daß die wichtige Bestimmung, nämlich die Frage der Bemannung der Schiffe am kürzesten gefaßt worden ist. Artikel 15 besagt hierüber nur: „Die Regierungen der hohen vertragsschließenden Teile verpflichten sich, diejenigen Maßnahmen aufrecht zu erhalten oder, falls notwendig, zu ergreifen, die dazu dienen, daß die im Artikel 2 bezeichneten Schiffe vom Stand-punkte des Schutzes des menschlichen Lebens auf See eine nach Zahl und Tauglichkeit ausreichende Bemannung an Bord haben.“

Besonders ausführliche Bestimmungen sind über die darin befindlichen Stützen und Türen, die Versäunungen in den Schiffsseiten und die wasserdichten Wände getroffen. Von dem Funktionieren der Schotten hat sich der Kapitän durch regelmäßige Schotübungen zu überzeugen, über die ein Schiffs-Tagebuch geführt wird. — Artikel 31 besagt: „Alle durch Maschinenkraft oder durch Segel fortbewegten Kausfahrtschiffe jedes der vertragsschließenden Staaten, mögen sie Passagiere befördern oder nicht, müssen, falls sie im ganzen 50 oder mehr Personen an Bord haben, mit einer Funkentelegraphenanlage ausgerüstet sein, sobald sie die im Artikel 2 bezeichneten Meeres ausfahren.“ Diese Schiffe werden auch nach Artikel 31 verpflichtet, während der Fahrt eine dauernde Hörschleife zu unterhalten, aber nur dann, wenn die zuständige Regierung eine solche zum Schutze des menschlichen Lebens auf See für zweckdienlich hält. Jeder Kapitän eines Schiffes, der einen Hilferuf von einem in Seeraut befindlichen Schiffe erhält, soll nach Artikel 37 den Hilferuf zu Hilfe eilen. — Im Artikel 40 wird

als leitender Grundsatz angeführt: „In keinem Zeitpunkte der Reise darf ein Schiff eine größere Gesamtzahl von Personen an Bord haben, als in sämtlichen verfügbaren Rettungsbooten und Ponton-Rettungsflößen untergebracht werden können.“ Die Funktionsfähigkeit der Rettungsboote, ihr Bau und ihre Bedienung ist im angeführten „Reglement“ geregelt. Außerdem muß für jede an Bord befindliche Person, auch für Kinder, ein Rettungsgürtel vorhanden sein. — Güter, die durch ihre Art, Menge oder Verstaumungsweise das Leben der Passagiere oder die Sicherheit des Schiffes gefährden können, sind verboten. — Die Schiffsbesatzung erhält eine besondere Verhaltensanweisung für den Notfall. Die Schiffe werden mit einem Sicherheitszeugnis auf zwölf Monate versehen.

Das sind die wesentlichsten Bestimmungen des Vertrages, dem, wie schon angedeutet, ein Reglement angefügt ist, in welchem sehr eingehende technische Anweisungen über die Signale, meteorologischen Aufzeichnungen, Bauart der Schiffe, Tauchvermögen der Schiffe, Rettungsboote usw. gegeben sind. Im Schlußprotokoll sind dann noch eine Anzahl „Wünsche“ niedergelegt, deren Durchführung die Sicherheit zur See wesentlich erhöhen würde. Traglich bleibt es allerdings, ob sie durchgeführt werden; denn sonst hätten sie dem Vertrag eingefügt werden können. Kein Wort findet man aber in dem ganzen Vertrag über die so gefährlichen Konkurrenzjagden auf See, die bekanntlich zur Titanic-Katastrophe führten.

### Nationalliberale Scharfmacher an der Arbeit.

Der „Verband Süddeutscher Industrieller“ hat vor kurzem eine Eingabe an die badische Regierung gerichtet, worin er gegen die Einführung einer Arbeitslosenunterstützung in der schärfsten Weise Stellung nimmt. Jetzt hat ein hervorragendes Mitglied dieses Scharfmacherverbandes, der Mannheimer nationalliberale Stadtrat und Präsident der Mannheimer Handelskammer, Engelhardt, in der Ersten badischen Kammer einen Vorstoß gegen den Arbeiter-schutz unternommen, indem er den Leiter des Gewerbeaufsichtsamtes, Dr. Wittmann, auf das schärfste angriff. Weil Dr. Wittmann im Fabrikinspektionsbericht bemerkt hat, daß er es für seine Pflicht halte, in Zweifelsfällen dem Gesetze eine soziale Auslegung zu geben, deshalb wurde ihm vorgeworfen, daß er einseitig für die Arbeiter Partei ergreife. Auch die Angaben im Fabrik-inspektionsbericht über den Fleischkonsum der Arbeiter erregten den Zorn des Mannheimer Scharfmachers. Er unternahm den natürlich völlig mißglückten Versuch, nachzuweisen, daß die Löhne stärker gestiegen seien als die Preise der Nahrungsmittel. Selbstverständlich wandte sich auch Engelhardt gegen Freigabe des Sonntagsnachmittags, die — wie er behauptete — von der Regierung propagiert werde.

Es gehört nicht viel Mut dazu, in der Ersten Kammer solche Angriffe zu erheben, dort ist man vor der Antwort der Arbeitervertreter sicher.

### Der Kronprinz verzichtet auf Reichsgelder.

Eine Korrespondenz meldet: „Sollte der Kronprinz nach Ostafrika reisen — die Genehmigung des Kaisers steht noch aus —, so werden die Kosten aus der Schatzkammer des Kronprinzen bestritten werden.“ — Der nationalliberale „Deutsche Kurier“ bemerkt hierzu: „Im Reichstage dürfte auch kaum Neigung vorhanden sein, Privatreisen des Thronfolgers aus Reichsmitteln zu bezahlen.“ — Na, na! Die nationalliberale Fraktion hätte ihr patriotisches Herz sicher noch entdeckt.

### Frankreich.

Für die Opfer des Militarismus. Die Kammer nahm mit 500 gegen 30 Stimmen den Zusatzantrag zum Heeresbudget an, der dafür eintritt, daß zwei Millionen bewilligt werden zum Ersatz des Schadens, der den Familien durch den Tod ihrer Kinder, Oberhäupter und Ernährer verursacht ist, die beim Militär infolge der Epidemien oder infolge anderer Krankheiten gestorben sind. Dieser von dem Sozialdemokraten Chesquière eingebrachte Antrag war von der Kommission und der Regierung bekämpft worden.

### Schweden.

Unser Wahlaufsatz. Der Parteivorstand der schwedischen Sozialdemokratie veröffentlicht in der Parletpresse ein „Manifest an das Volk Schwedens“, das in ausgezeichneter Weise den Kernpunkt der politischen Krise des Landes und der Stellung der Sozialdemokratie darlegt. Es wird zunächst festgestellt, daß die Bauernzugrede des Königs auf Anregung unversantwortlicher Ratgeber eine entgegengesetzte Rüstungspolitik forderte, als die von der Regierung befürwortete, und daß „durch diese herausfordernde persönliche Einmischung des Königs die aus dem Wahl-lieg der Linken 1911 hervorgegangene Regierung vertrieben und ein neues Ministerium berufen wurde, mit dem Auftrage, durch Verlockungen oder Druck die Sanction der königlichen Verpfändungen auf dem Burghofe zu erhalten.“ Sodann charakterisiert der Aufsatz die Agitation der Rüstungsheker: „Die Wähler sollen besonders einmal vor den allgemeinen Wahlen im Herbst einen Wahlkampf durchmachen, in welchem alle Waffen zur Anwendung kommen, Schreie und Druck, Lüge und Verleumdung, um die Volksmeinung wenn möglich umzustimmen, sie zu einem Fuß-schemel des Königs und der Herrenmacht zu machen.“ Der Wahlkampf gilt in erster Linie: für oder gegen die persönliche Königs-macht. „Eine Hof-samaritanen, zu der unruhigste bekannte Aufwiegler gegen die Macht des Reichstages gehören, haben den König zu dem unkonstitutionellen Schritt vorgezogen.“ Auf diese Herausforderung muß das Volk die unzweideutige Antwort erteilen, daß kein anderer Wille als der des Volkes herrschen soll. „Es muß einmal für alle Klargemacht werden, ob in unserem Lande eine Regierung, die sich auf das Vertrauen der Wähler und des Reichstages stützt, auch künftig plötzlich in ihrer Arbeit gehindert und unterbrochen werden kann, weil es dem Monarchen einfällt, hervorzutreten und zu erklären, daß er „keineswegs eine solche Auf-

fassung teile“ und daß er von gewissen Forderungen „nicht abweicht“. Von besonderem Interesse ist der Teil des Aufrufes, der sich mit der Rüstungsfrage selbst beschäftigt. Die liberale Partei habe sich in großem Maße von der Rüstungsheker mitziehen lassen und einflussreiche liberale Zeitungen proklamiert, daß ihr Wehrprogramm kaum hinter dem der Konservativen zurückbleibe. „Und doch zeigt die eigene Untersuchung der Liberalen, daß die Aufrechterhaltung des Zollsystems eine unausweichliche Voraussetzung für die Rüstungsvermehrungen des liberalen Programms ist. Mit dem Zollsystem aber wird die Teuerung verewigt. Die liberalen Versprechungen einer Milderung der Teuerung werden damit zu einer leeren Phrase.“ Die Konservativen wollen noch darüber hinaus einjährige Wehrpflicht, eine Flotte und 100 Millionen Jahresausgaben für Rüstungszwecke, womit nicht nur die Zollgesetzgebung und Teuerung verewigt werden, sondern auch die Sozialreform inhibiert und unmöglich gemacht wird. Die Sozialdemokratie will dagegen die bisherigen Schwächen der Landesverteidigung beseitigen, indem für eine genügende Bewaffnung der Reserve Sorge getragen wird. Ausbau der Seewehr durch Torpedo- und Unterwasserboote anstatt der wahnsinnigen „Z-Boote“, die zwar 15 Millionen Kronen das Stück kosten, aber doch nicht einen Kampf mit den großen Riesen der Seemächte aufnehmen können. Ersparungen aber sollen gemacht werden durch eine Herabsetzung der Übungszeit auf 6 (statt 8) Monate. Die Herabsetzung sei möglich, weil bisher mit der Ausbildungszeit eine große Verschwendung betrieben wurde. Anstatt jetzt 80 Millionen würde man nur 70 Millionen Kronen Kosten haben und die einmaligen Ausgaben müßten durch eine wirkliche Wehrsteuer der Besitzenden getragen werden. Der Aufruf schließt: „Vorwärts liberal für die sozialdemokratischen Kandidaten! Mögen die roten Stimmen sich enorm vermehren, möge eine noch stärkere sozialdemokratische Reichstagsfraktion die Antwort des Volkes werden auf die Herausforderung der Burghofrede und das rücksichtslose Militärprogramm der königlichen Regierung!“ Unterzeichnet ist dieser Aufruf von sämtlichen Mitgliedern des Parteivorstandes, auch von denen, die persönlich sonst ein rein negatives Programm in der Frage der Landesverteidigung vertreten. Die Einigkeit und Geschlossenheit der Partei in den bevorstehenden Kämpfen ist damit dokumentiert, und der Erfolg wird nicht ausbleiben.

### Balkan.

Das erste albanische Ministerium ist folgendermaßen gebildet worden: Turhan Pascha: Vorsitz und Äußeres; Essad Pascha: Krieg und Finanzen; Fürst Bibdoda: Inneres, Post und Telegraphen; Aziz Pascha: Justiz und Kultur; Dr. Turtulli: Unterricht; Hassan Bei: Pristina: Ackerbau und Handel.

### Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, 17. März.

Achtung, Bauarbeiter! Wegen Differenzen haben alle Maurer auf dem Hochofenwerk ihre Arbeit eingestellt. Zugung ist deshalb streng fernzuhalten.

Der Zweigvereinsvorstand des Bauarbeitervorstandes.

Achtung Metallarbeiter! Der Betrieb von Georg Harder, landwirtschaftliche Maschinenfabrik, Ragerburger Allee 106, ist wegen Streik für sämtliche Metallarbeiter gesperrt. Die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

## 1730 neue Parteimitglieder,

1223 männliche und 507 weibliche,

## 340 neue Abonnenten des „Lüb. Volksboten“

sind bis gestern Abend in unserem Parteibureau gemeldet worden. Das ist ein Erfolg, der unsere kühnsten Erwartungen übertroffen hat. Mit solcher Agitationsarbeit können wir uns sehen lassen. Noch stehen drei Bezirke aus, sodaß die Zunahme 1800 betragen dürfte. Das sind rund 30 Prozent mehr als vor 2½ Monaten, zu Beginn dieses Jahres. Auch von auswärts werden glänzende Resultate gemeldet.

Der lebhafteste Dank gebührt allen denen, die mitgeholfen haben, diesen glänzenden Erfolg zu erzielen. Wer gesehen und erlebt hat, mit welcher freudigen Bereitwilligkeit und mit welchem Eifer die Genossinnen und Genossen ihre Agitationsarbeit ausführen, den muß berechtigter Stolz und frohe Zuversicht erfüllen.

Nicht vergessen sei auch, daß die altersschwache Lübecker Amtsanstalt mit ihrem Gezeiger gegen die moderne Arbeiterbewegung sich als ein Teil von jener Kraft erwiesen hat, die stets das Böse will und doch das Gute schafft. Wir danken auch für diese unfreiwillige Hilfe.

Nun gilt es, weiter zu arbeiten. Die Sozialdemokratie wird nicht auf ihren Lorbeeren ausruhen. Unausgeseht muß agitiert werden. Vorwärts! Auf zu neuen Kämpfen und zu neuen Erfolgen!

Die Bürgergesellschaft hielt gestern eine halbstündige Sitzung ab. Die Sitzung war wohl nur einberufen worden, weil sie in der Verfassung vorgesehen ist. Beratungsstoff war fast garnicht vorhanden. Zu einer kurzen Debatte gab der Senatentwurf betr. Bewilligung von 16950 Mark für die Herstellung weiterer Klammerräume und einer Turnhalle für die Volksschule in Travemünde Veranlassung. Genosse Dr. Schlömer kritisierte es, daß man hier ein anscheinend für längere Zeit geplantes Provisorium schaffen wolle, gegen das sanitäre Bedenken sprächen. Die



... in auszuweisen genommene Standesbeamten sei nicht als geeignet anzusehen; man solle durch eine Kommission prüfen lassen, ob nicht ein massiver Umbau oder Neubau der Schule das Richtige sei. Weiter wünschte Genosse Dr. Schöner, daß die Turnhalle auch dem Arbeiterturnverein zur Verfügung gestellt werde. Die Bürgererschaft teilte nicht die Bedenken unseres Redners, sondern genehmigte ohne Kommissionsberatung die Senatsvorlage.

Der Voranschlag der Verwaltungskosten des Hauptzollamtes für das Rechnungsjahr 1914 führte zu keiner Aussprache. Bereits 6¼ Uhr trennten sich die Mitglieder der Bürgererschaft wieder nach vollbrachtem Werk.

**Sie wollen sich wieder vertragen!** Im Vaterstädtischen Verein belagte in der letzten Versammlung der Vorsitzende Staatsanwalt Dr. Benda, daß eine Verständigung des Vaterstädtischen Vereins mit dem Neuen Bürger-Wahlverein von 1911 der kommenden Reichstagswahl wegen sehr erwünscht sei. Noch vor kaum einem halben Jahre ließen die feindlichen Brüder kein gutes Haar aneinander und bezeichneten sich — da sie sich ja kennen — gegenseitig als Claqueur und Klingel. Heute findet der Vaterstädtische Verein, daß sie sehr gut zueinander passen. Der Meinung sind wir auch! Denn wie der eine heißt, sieht der andere aus. Wenn es sich um Arbeiterfragen handelte, war niemals zwischen beiden ein Unterschied zu bemerken.

**Altersrente im Jahre 1914.** Die Gewährung der Altersrente ist an zwei Bedingungen geknüpft. Es muß das flebzigste Lebensjahr vollendet sein, und es müssen 1200 Beitragswochen nachgewiesen werden. Wenn ein Versicherter 1200 Wochenbeiträge zusammenbringen will, muß er 23 Jahre und 4 Wochen lang jede Woche eine Marke kleben. Nachdem das Invalidenversicherungsgesetz am 1. Januar 1891 in Kraft getreten ist, wäre diese Möglichkeit vorhanden. Es wird aber wenige Versicherte geben, die in die Lage kommen, ihrer Beitragspflicht so regelmäßig zu genügen, wie es hier der Fall sein mußte. Es wäre eine Härte gewesen, wenn der Gesetzgeber jeden Versicherten diese lange Spanne Zeit hätte warten lassen, bis er Anspruch auf Altersrente hätte erheben können. Es wurde deshalb im Gesetz eine Uebergangsbestimmung geschaffen, nach der jedem Versicherten, der beim Inkrafttreten des Invalidenversicherungsgesetzes oder bei Einführung der Versicherungspflicht für seinen Berufsstand das vierzigste Lebensjahr bereits vollendet hatte, für jedes volle Jahr, das er an diesem Tage älter als vierzig Jahre war, an der Wartezeit vierzig Beitragswochen angerechnet wurden, und für den überschüssigen Teil eines Jahres die darauf entfallenden Wochen, aber nicht mehr als vierzig. Durch diese gesetzliche Bestimmung ist es möglich geworden, daß schon kurz nach dem Inkrafttreten des Gesetzes Altersrenten bezogen wurden. Als Voraussetzung wird aber für die Anwendung dieser Bestimmung verlangt, daß der Versicherte vor dem Inkrafttreten des Gesetzes, bezw. vor der Einführung der Versicherungspflicht für seinen Berufsstand drei Jahre eine Beschäftigung ausgeübt hat, die versicherungspflichtig gewesen wäre. Dieser Nachweis wird allen Versicherten erlassen, die während der ersten fünf Jahre ihrer Versicherungspflicht mindestens zweihundert Beitragswochen auf Grund der Versicherungspflicht nachweisen können.

Beim Inkrafttreten des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes am 1. Januar 1891 waren versicherungspflichtig alle Arbeiter, Gesellen, Gehilfen, Dienstboten, Handlungsgehilfen und Betriebsbeamte. Der Bundesrat war ermächtigt, im Bedarfsfalle die Versicherungspflicht auf weitere Personenzreise auszudehnen und hat von dieser Berechtigung auch verschiedentlich Gebrauch gemacht. Bei der Abänderung des Gesetzes im Jahre 1899 ist die Versicherungspflicht auch auf die Lehrer, Erzieher usw. ausgedehnt worden und durch das Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung auch auf Lehrlinge und Gehilfen in Apotheken, auf Bühnen- und Orchestermitglieder usw. Durch das verschiedenartige Inkrafttreten der Versicherungspflicht ergibt sich auch für die verschiedenen Gruppen eine veränderte Wartezeit, bezw. veränderter Nachweis der entrichteten Beiträge.

Alle Altersrentner, die im Jahre 1844 geboren sind und infolgedessen im Jahre 1914 das flebzigste Lebensjahr vollenden, haben folgende Beitragswochen nachzuweisen, wenn sie beim Inkrafttreten der Versicherungspflicht beschäftigt waren als:

1. Arbeiter, Gehilfen, Gesellen, Dienstboten, Handlungsgehilfen, Betriebsbeamte (Beginn der Versicherungspflicht 1891) 920 bis 960 Beitragswochen.
2. Als Hausgewerbetreibende in der Tabakfabrikation (Beginn der Versicherungspflicht 1892) 880 bis 920 Beitragswochen.
3. Als Hauptgewerbetreibende der Textilindustrie (Beginn der Versicherungspflicht 1894) 774 bis 814 Beitragswochen.
4. Als Hausgewerbetreibende in der Textilindustrie (Beginn der Versicherungspflicht 1896) 720 bis 760 Beitragswochen.
5. Als Lehrer, Lehrerinnen, Erzieher, Gesellschafterinnen, sonstige Angestellte, deren dienstliche Beschäftigung den Hauptberuf bildet (Beginn der Versicherungspflicht 1900), 560 bis 600 Beitragswochen.
6. Als Gehilfen in Apotheken, Bühnen- und Orchestermitgliedern usw. (Beginn der Versicherungspflicht 1912) 80 bis 120 Beitragswochen.

Krankheits- und Militärdienstwochen sind anrechnungsfähig. Kann ein Versicherter, der bereits flebzig Jahre alt ist, die erforderliche Anzahl von Marken erst in einem oder zwei Jahren oder später nachweisen, so kann er auch die Altersrente erst von dem späteren Jahre ab beziehen.

**Zu dem Diebstahl im hiesigen Museum,** über den wir gestern ausführlich berichteten, sei noch mitgeteilt, daß folgende Münzen und Schmuckstücke entwendet wurden: Mehrere halbe Spezialetaler, Ortstaler, Dufaten, Viertelstufaten, Schaufennisse, Konfularmedaillen, Doppeldufaten, Dufaten, französische, August 1776. Hochzeitstaler, Kreuzigungstaler, Dufaten, bischöflich Lübecker Münze. Stadtprospekt. Konfularmedaillen: Windler 1694, Müller 1717, Baemann 1727, 1750, Hubens 1731, Dreyer 1732. Jubelmünzen: Plakmann 1789, Rappow, Burghardt 1787, Overbeck Rektor 1793, Tesdorpf 1823. Medaillen: Reformation 1717 und 1730, Hanseatische Legion 1814 und Befreiung 1813. Doppelte Markstücke von 1672, 1631, 1738, 1748, 1749, 1750, 1752, 1758, 1796 und 1797. Kurant-Taler von 1752, 9 Wismarsche Markstücke, 4 Schillingstücke aus den Jahren 1711—1729. 7 Stück 8-Schillingstücke aus den Jahren 1728—1752. 11 Stück Dufaten aus den Jahren 1623—1673. 22 Doppelschillinge (Lüneburg) aus den Jahren 1652—1758. 1 goldener Ring mit der Aufschrift „Jehal Guttani“. 4 goldene Ringe aus Alt-Lübeck von etwa 1000 n. Chr. 5 goldene Schlaefen-Ringe. Ferner sind aus mehreren Schränken diverse goldene und silberne Ringe, Armbänder, Broschen, Brustnadeln und diverse goldene Medaillen, sämtlich von hohem altertümlichen Wert, gestohlen. — Auf die Ermittlung der oder des Täters haben Polizei- und Museumsverwaltung gemeinsam eine Belohnung von 1000 Mark gesetzt.

**Schiffenzergerung am 17. März.** Ihr nach euch wieder, ich wankende Gestalten! Unternehmungs-lustig sind sie alle, die in späten Abend- und Nachtstunden unter freudlichem Geleit den Weg zum Markstall antreten. Manches einer möchte wohl im letzten lichten Augenblick eine andere Richtung einschlagen. Aber dann ist's zu spät, denn die Redseligkeit hat meistens schon solches Unheil angerichtet, daß der Staats-Verbrecher festgehalten werden muß. Zwar sind sie alle sterndiebsbuhn und können kaum noch stehen, verfluchte ein Gefängnisauflieger, aber die Freigäste sind vom Gegenteil überzeugt und höchst entzückt, daß die Kneiperei so schön abbrechen soll. Der 23jährige Arbeiter Dr. J. B. erkundigte sich bei dem ihn aufmerksam verfolgenden Schulmann nach dem Weg zur Idiotenanstalt, machte seinem gefühlvollen Herzen beim Begegnen einer Jungfrau Lust und fiel ihr so frampfhaft um den Hals, daß der Schulmann sie gewaltiam trennen mußte, wofür dieser dann einige Komplimente aus dem in- und ausländischen Tierreich einstecken mußte und so eingeschüchelt wurde wie die Gäste in Straditz. Mit 1 Woche Haft und 1 Monat Gefängnis wird dieser Rausch dem jungen Mann im Gedächtnis haften bleiben. Ein Mecklenburger Schmiedegeselle H., der sich auf Schwindel-ausfälle beruft, wird dieses in der nächsten Sitzung zu beweisen haben; aber der verbrechliche Alte mit seinen 65 Jahren, der zwei Tage vor dem 14. März sechs Wochen wegen Trunkenheit schmachtete und aus Freude über die wiedererlangte Freiheit die „Trompete schmetterte“, wird sofort sechs Wochen Temperenzstudien machen. Besonders schwer wird ihm der Einzug in die neue Wohnung nicht werden, denn er legte sich im Tran mit seinem Bündel unmittelbar an den Eingang des Gerichtsgebäudes, um den beschwerlichen Gang abzulürzen. Was tut man mit solch einem Wack in Gefängnis? — Für einen Taler begleitete der Heizer B. einen Dieb zum Tröddler, damit dieser ein gemeinsames Rad verknopfen konnte. Urteil 1 Monat Gefängnis wegen Schleierei. — Hilfe, Polizei! Auf dem Tanzboden „Zur Post“ in Schlutup hatte der Knecht R. mit einem anderen eine Auseinandersetzung, wurde hinausgewiesen, kehrte aber wieder mit Hilfe eines zweiten zurück. Beim Hinausdrängen soll der Wirt zwei unanständige Stöße gegen die Brust erhalten haben. Ehe die sofort gerufene Polizei kam, war alles wieder beruhigt, die beiden Knechte heute jedoch nicht, die zusammen 60 Mk. wegen Hausfriedensbruchs zahlen müssen. — „Ueberflüssige Weisheit“ warf ein Maurer einem Schlutuper Schulmann vor, als dieser zum Schutze seiner bedrohten Frau gerufen wurde. Weitere Worte, die nicht auf ein eifriges Studium von Knigges Umgang mit Menschen schließen lassen, entquollen dem Munde des Maurergesellen, der dafür jetzt zu 40 Mark Geldstrafe verurteilt wird.

**Ausbau der Bahn Kiel-Lübeck.** Der so bitter notwendige zweigleisige Ausbau der Bahn Kiel-Lübeck scheint endlich in greifbare Nähe zu kommen. Den Unterlegern an der Bahn ist nämlich, wie unser Kieler Parteiblatteil mitteilt, mitgeteilt worden, daß sie auf näheren Bescheid warten sollen, ob sie den für die Verbreiterung des Bahnkörpers notwendigen Geländeteil in diesem Sommer noch bestellen können. Nicht wenige Gartenpächter werden ihre zum Teil erst im vorigen Jahre unter großer Mühe urbar gemachten Gärten wieder los. Aber im Interesse der dringend nötigen Verkehrsverbesserung werden sie den Verlust wohl nicht zu tragisch nehmen.

**Selbstmordversuch eines Rekruten.** Heute morgen suchte sich ein Rekrut der 4. Kompanie des Infanterie-Regiments „Lübeck“ auf der Pöhlinger Heide mit einer Plagpatrone durch einen Schuß in den Mund zu töten. Der Unglückliche erlitt schwere Verletzungen, wurde aber noch lebend ins Lazarett gebracht. Die Ursache der unseligen Tat soll darin zu finden sein, daß der Rekrut, nachdem er erst eben eine mehrwöchige Arreststrafe verbüßt hatte, heute morgen 3 Tage strengen Arrest zudiktirt erhielt, weil er unrassert zum Dienst gekommen war.

**Vor Beginn des neuen Schuljahres** wird manche Eltern, besonders diejenigen unserer Volks- und Mittelschüler, interessieren, was der Verein für Schulgesundheitspflege auf seinem nächsten Vortragsabend zu bieten hat. Von unterhalten den Beiträgen abgesehen, wird Fräulein Lehrerin Rolke sprechen über das gemeinverständliche Thema: „Was kann das Haus tun zur Pflege des schulpflichtigen Kindes?“ Lichtbilder, die besonders gewisse Unsitzen in Kleidung und Körperpflege treffend beleuchten, sind in Aussicht gestellt und werden von sachkundiger Seite erklärt. Die gemeinnützige Veranstaltung ist kostenfrei zugänglich für jedermann und findet statt am kommenden Freitag, dem 20. d. M., abend 8¼ Uhr, im „Weißen Saal“ der Stadthalle, Mühlensstraße. Zum Besuch wird hiermit eingeladen.

**Stadtheater.** Man schreibt uns: Wie schon bekannt ist, wird der Zyklus heiterer Opernwerke am Donnerstag mit „Serva Padrona“ und „Doktor und Apotheker“ eingeleitet. Pergolesis „Serva Padrona“ gehört nicht allein vom ästhetischen, sondern auch vom historischen Standpunkt zu den wichtigsten Werken der komischen Operngattung und seine Wahl als Einleitungswerk begründet sich damit, daß es zugleich das älteste Stück Opernmusik ist, das sich bis auf den heutigen Tag auf unseren Bühnen lebendig erhalten hat. Sehr ähnliche musikalische Reize hat „Doktor und Apotheker“ von Dittersdorf, dem weniger bekannten, aber doch bedeutungsvollen Zeitgenossen Mozarts. Wer also für die Oper tieferes Interesse hat, wird diesem Abend ganz besondere Beachtung schenken müssen. — Im Schauspiel steht uns für morgen Paul Wegeners Gaskspiel bevor. Wegener ist einzigartig! Das Gaskspiel wird allen Freunden dramatischer Kunst ein Erlebnis werden. — Für heute verweisen wir nochmals auf die letzte Aufführung von „Giroflé-Girofla“.

**Seereg.** Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins. Die rote Woche ergab einen Zuwachs von 39 Genossinnen und 20 Genossen und einen Abgang von 2 Genossen. Wir haben jetzt einen Mitgliederbestand von 157 Mitgliedern und einen Abonnenntenbestand von 117. Immer feste drüß! Dem Jahresbericht ist zu entnehmen: Es wurden abgehalten elf Mitgliederversammlungen, in zwei wurden zwei Vorträge gehalten; ferner drei öffentliche Volksversammlungen sowie drei Agitationstouren mit Flugblattverbreitung. Der Jahresbericht wurde der Versammlung vorgelegt. Der Vorstand wurde in seiner bisherigen Zusammensetzung wiedergewählt. Neugewählt wurde eine Kinderhülfskommission; dieselbe besteht aus den Genossinnen Frau E. Bollow und Frau S. Kleinhaus und den Genossen H. Karbell, R. Tiedt, W. Jakobson, M. Schauer und C. Brandt als Vorsitzender. Genossinnen und Genossen laßt uns mit neuer Kraft in den Kampf eintreten für unsere Menschenrechte. Zu diesem Zwecke ist am Mittwoch als Märzfeier eine Volksversammlung angelegt, für welche als Referent der Genosse Mehrlein, Arbeitersekretär in Lübeck, gewonnen ist. Das Thema wird lauten: „Der 18. März“. Der Gesangsverein wird mitwirken. Anfang 8 Uhr. Genossen, erscheint in Massen.

**Herrnburg.** Großfeuer. In der Nacht zum Montag wurde das gesamte Gewese des Gast- und Hauswirts H. Lohse ein Raub der Flammen. Gegen 1 Uhr nachts kam in der Scheune das Feuer zum Ausbruch. Als

nach den ersten Retter damit beschäftigt waren, das Vieh aus den Ställen zu befreien, sprang das Feuer auf einen in unmittelbarer Nähe des Hauses stehenden Stall über; hierdurch wurde auch gleich darauf das Wohnhaus in Brand gesetzt. Sämtliche Gebäude waren mit weicher Bedachung versehen. 3 Ferkel des Wüdners J. Schleuß, dessen Wüdnerei erst am 6. März dem Feuer zum Opfer fiel, und der sein Vieh bei L. untergebracht hatte, verbrannten mit. Die Entstehungsurache ist unbekannt, man vermutet Brandstiftung. Die Gebäude sind nur niedrig versichert.

**Eutin-Land.** Zur Landtagswahlwahl. Gestern fand bei einem Einwohner in Majenfelde eine sehr gut besuchte Volksversammlung statt. Trotz des schlechten Wetters hatten sich aus den umliegenden Ortschaften zahlreiche Männer und Frauen eingefunden, die den Ausführungen des Genossen Stelling-Lübeck über die bevorstehende Landtagswahl lauschten. In der Diskussion ergänzten der Kandidat, Genosse Karl Fied-Stodelsdorf, sowie mehrere Genossen die Ausführungen des Referenten. Die Versammlung ging mit dem Versprechen auseinander, alles daranzusetzen, daß der Partei dieses Mandat erhalten bleibt.

**Hamburg.** Der „Imperator“ im Sturm. Der Dampfer „Imperator“ hatte am Sonnabend einen schweren Unfall zu bestehen, bei dem vier Boote von der Wack verloren wurden. Der Kapitän berichtet, daß infolge der ruhigen und stabilen Lage des Schiffes die Passagiere vom Unweiter wenig gemerkt hätten. Das Wetter hat sich inzwischen wesentlich gebessert, so daß das Schiff jetzt mit Volldampf seinem Bestimmungshafen zukehrt.

**Kiel.** Sie wollen unter sich bleiben. Gegen die Anfang vorigen Jahres erfolgte Wahl von fünf Abgeordneten für den Schleswig-holsteinischen Provinziallandtag war von unserer Seite Protest eingelegt worden. Bekanntlich beanspruchten unsere Genossen im Stadtverordnetenkollegium ein Mandat, weil sie die Hälfte der Stadtverordneten inne haben. Der Magistrat und die bürgerlichen Stadtverordneten ließen aber Macht vor Recht gehen. Sie ließen den Kandidaten unserer Genossen durchfallen. Der am Sonntag in Kiel zusammengetretene Provinziallandtag, der über die Gültigkeit der Wahlen zu beschließen hat, hat nun den Protest unserer Genossen zurückgewiesen. Es wäre auch zu schrecklich gewesen, wenn ein Recht im Karpfenreich gewesen wäre. Die Herren wollen lieber unter sich bleiben, damit sie ihre volksfeindliche Politik ungestörter ausüben können.

**Kiel.** Nachklänge zum Kieler Werstprozesse. Im Jahre 1909 wurde in Kiel gegen die Kaufleute Franckenthal und Jacobsohn sowie gegen mehrere Beamte der Kieler Reichswehr wegen großer Unregelmäßigkeiten und Unterschleife verhandelt. Großes Aufsehen erregte damals, daß der Staatsanwalt mehrmals von dem Verschwinden wichtiger Aktenstücke und dem Einschmuggeln von gefälschten Akten Mitteilung machte. Vor einigen Tagen wurde nun der Landgerichtsbienner Wolff, der früher als Aufseher im Kieler Untersuchungsgefängnis beschäftigt war, verhaftet. Eine bei dem Verhafteten vorgenommene Haus-suchung scheint nun auch andere Versionen bekräftigen zu haben. Jetzt sind auch der frühere Hausvater des Kieler Gefängnisses Wohler und der frühere Hilfsgefängnisaufseher Griese verhaftet worden.

**Neumünster.** Ein korrigiertes Streikurteil. Im Sommer v. J. wurde in der Kofostepichfabrik in Neumünster gestreikt. Die Arbeiter streikten, um von der Fabrikleitung die Einhaltung des abgeschlossenen Tarifvertrages zu erreichen. Im Tarif war festgelegt, daß alle Streitigkeiten zwischen Direktion und Arbeiterauschuß geregelt werden sollten, eventuell soll das Gewerbegericht angerufen werden. Nun hatten die Arbeiter Schwierigkeiten mit einem Meister. Der Arbeiterauschuß, der deshalb mit dem Direktor verhandeln wollte, wurde kurzerhand abgewiesen. Einige Tage später wollte der Arbeiterauschuß wieder mit dem Direktor verhandeln, weil dieser von einem jungen Weber wissen wollte, ob die Arbeiter ihn veranlaßt hätten, weniger zu leisten. Jedoch auch in diesem Falle lehnte der Direktor Steiger jede Unterhandlung ab. Nachdem nun die Arbeiter sahen, daß Direktor Steiger den abgeschlossenen Tarifvertrag ignorierte, traten sie in den Streik, um die Einhaltung des Tarifs zu erreichen. Während des Streiks soll der Weber G. eine arbeitswillige Frau Dezinus durch Drohung und Ehrverletzung zur Niederlegung der Arbeit veranlaßt haben. Er hatte nämlich zu dem Manne der Frau gesagt, sie blamierten sich, wenn die Frau weiterarbeite. Die Strafkammer I des Kieler Landgerichts verurteilte G. wegen Verletzung des § 153 G.-O. zu einer Woche Gefängnis. In dem Urteil wurde gesagt, daß die Äußerung des G. eine Drohung sei. Der Streik sei entstanden, weil der Direktor nicht verhandeln wollte. Die Arbeiter hätten durch den Streik der Direktion ihren Willen aufzwingen wollen. Es war also ein Machtstreik. Dabei waren gar keine anderen Forderungen gestellt, als die Einhaltung des Tarifvertrages. Das Urteil widerspricht sich ja auch. Wenn zu Anfang richtig gesagt wird, der Streik ist entstanden, weil der Direktor nicht verhandeln wollte, dann ist doch die einzige richtige Schlussfolgerung die, daß die Arbeiter mit dem Streik nur die im Tarif festgesetzten Bestimmungen über die Schlichtung von Streitigkeiten zur Durchführung bringen wollten. Dieser Ansicht war jetzt auch der Strafsenat des Oberlandesgerichts in Kiel als Revisionsinstanz. Er hob das Urteil der Strafkammer auf und sprach G. frei. Es sei richtig, daß der Streik entstanden ist, weil der Direktor jede Verhandlung ablehnte. Daraus müsse man aber folgern, daß der Direktor vertragsbrüchig geworden ist, da im Tarif festgelegt war, Streitigkeiten sollen zwischen Direktion und Arbeiterauschuß geregelt werden. Eine Verabredung zur Erlangung günstigerer Lohn- und Arbeitsbedingungen lag also nicht vor. Die Arbeiter wollten nur die bestehenden zur Durchführung bringen. Unter diesen Umständen könne es dahingestellt bleiben, ob die Äußerung zu Frau D. als eine Drohung aufzufassen ist. Es ist also durch Gerichtsurteil festgestellt, daß die Arbeiter durch das vertragswidrige Verhalten des Direktors in den Streik getrieben wurden. Davon reden aber die Herren Unternehmer, die soviel über Terrorismus der organisierten Arbeiter schreien, um damit ein Ausnahmengesetz gegen die Gewerkschaften zu begründen, nicht gern. G. mußte auch wegen dieser Lappalie 4 Tage lang in Haft sitzen. Hoffentlich ist man mit einer Entschädigung dafür auch so schnell bei der Hand, wie man gegen sogenannte Streikfänger vorgeht.

**Briefkasten.** W. St. Ihre Verse sind gut gemeint, aber nicht aufnahmefähig. Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gekennzeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: J. H. Schöner. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

**Drucksachen** jeder Art für Beamte, Handwerker und Gewerbetreibende werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Buchdruckerei des „Lübecker Volksboten“







## Aus dem sozialpolitischen Wetterwinkel.

Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, zu der sich am 5. April 1913 die beiden Hauptverbände der Unternehmer verschmolzen haben, hielt am 13. März d. Js. ihre erste Mitgliederversammlung ab. Alle Scharfmacherwünsche kamen hier wieder in potenter Form zum Ausdruck. Der Geschäftsführer Syndikus Dr. jur. Tandler berichtete über die Geschäftslage. An dem Zusammenschluß der Unternehmerverbände müsse noch energisch weitergearbeitet werden. Die Frage der Streikversicherung sei durch die am 1. Januar 1911 in Wirksamkeit getretene „Zentrale der Deutschen Arbeitgeberverbände für Streikversicherung“ in zufriedenstellender Weise gelöst worden. Weiter kritisierte der Syndikus die einseitige Richtung der nationalökonomischen Wissenschaft, und er kam dann auf die Arbeitskämpfe des Jahres 1913 zu sprechen, durch die nahezu zweieinhalb Millionen Arbeitstage verloren gegangen seien. Ueber die durch Aussperrungen verloren gegangenen Arbeitstage sprach er natürlich kein Wort. Eine sehr erfreuliche Erscheinung des letzten Jahres sei die günstige Entwicklung der wirtschaftlichen Arbeiterbewegung, besonders in der Metallindustrie. Die Gefahr der Einführung einer Arbeitslosenversicherung auf öffentlich-rechtlicher Grundlage sei noch nicht gebannt; es erhebe sich dringend geboten, solchen Bestrebungen auch in den städtischen Parlamenten mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten. Nicht minder gefährlich sei die Schaffung eines einheitlichen Arbeiterrechts und das Bemühen, durch Abschaffung des freien Kündigungsrechts der Arbeitgeber für die Arbeiter eine Art Beamtenverhältnis herbeizuführen. — In der Diskussion über den Geschäftsbericht wurden besonders die Vertreter in den Stadtparlamenten scharf gemacht, um „keine Präzedenzfälle zu schaffen“.

Dann folgten zwei Referate über den Schutz der Arbeitswilligen. Dr. C. Hoff-Düffeldorf richtete seine Ausführungen an die Regierung. Ihre Auffassung, daß die heutigen „unhaltbaren Zustände“ mittels Polizeiverordnungen zu beseitigen seien, könne nicht als zureichend anerkannt werden. Der Arbeitswillige müsse reichsgesetzlich geregelt werden und die Regierung diene nicht dem sozialen Frieden, sondern vielmehr dem sozialen Kampf, wenn sie auf diesem Gebiete untätig bleibe. — Rechtsanwalt Dr. Henrich-Düffeldorf untersuchte die gesetzlichen Unterlagen. Er führte aus, seit Schaffung der Gewerbe-Ordnung sei eine vollständige Umwertung des Rechtsbegriffs der Koalitionsfreiheit eingetreten. Die Gewerbe-Ordnung erkenne das Koalitionsrecht überhaupt nicht positiv gesetzlich an, sondern sie hebe lediglich partikuläre Verbote auf und ziehe zugleich zivilrechtliche Schranken zum Schutze der Willensfreiheit und des Selbstbestimmungsrechts, sowie zum Schutze der außerhalb der Koalitionen stehenden Personen. Dieses Koalitionsrecht sei im Laufe der Zeit zum Koalitionszwang geworden. Die bestehenden Gesetze gegenüber dieser Entwicklung seien unzulänglich; auch der Erlaß von Polizeiverordnungen genüge nicht. Der einzige Weg zur Besserung sei die Einführung einer Novelle zur Gewerbe-Ordnung, die klipp und klar ein Verbot des Streikpostens stehe auspricht. Ferner bedürfe es einer systematischen Reform der für das Koalitionsrecht geltenden Bestimmungen

gen und eine schleunige Justiz. Dagegen erscheine die Forderung einer zivilrechtlichen Haftung nicht angebracht, weil die Gewerkschaften wissen, ihr Vermögen unfaßbar zu machen, und weil sich diese Bestimmungen auch gegen die Unternehmerorganisationen richten könnten. — Diese Vorträge wurden von der Versammlung mit Beifall aufgenommen. Der Syndikus konstatierte, hierdurch sei der Beweis erbracht, daß sich die „öffentliche Meinung in ihrer Auffassung des Koalitionsrechts von dem eigentlichen Inhalt der gesetzlichen Bestimmungen immer mehr entfernt hat“.

Schließlich wurde eine Resolution angenommen, in der gesagt wird, daß die Willkür der Gewerkschaften unerträglich geworden sei und daß die Gesetze dieser Entwicklung gegenüber sich als unzulänglich erwiesen haben. Weiter wird der gute Wille der Regierung, solchen Verhältnissen ein Ende zu machen, anerkannt, doch könne die systematische Regelung dieser Frage des Arbeitswilligen nicht bis zur Reform des Strafgesetzbuches hinausgeschoben werden. Da auch die von der Regierung angeforderte schärfere Handhabung streifenpolizeilicher Maßnahmen eine durchgreifende Aenderung nicht herbeiführen werde, so sei eine sofortige einheitliche gesetzliche Regelung eines durchgreifenden Schutzes der Arbeitswilligen unumgänglich notwendig. Es müsse daher eine Kommission eingesetzt werden, die politische Vorschläge zur Fortbildung des geltenden Reichsrechts ausarbeite.

Wenn auch hier nichts Neues gesagt wurde, so ist es doch erfreulich, daß die Scharfmacher wieder einmal in aller Öffentlichkeit ihre Karten aufdeckten. Zur Klärung der Lage trägt dies wesentlich bei.

## Aus der Partei.

**Erfolge der roten Woche.** Nach dem bis Freitagabend vorliegenden Teilergebnis brachte die Agitation während der roten Woche in den drei Dresdener Wahlkreisen 883 neue Parteimitglieder und 120 Abonnenten, obwohl in Dresden schon vor der roten Woche eine erfolgreiche Agitation im ganzen Stadtgebiete stattgefunden hatte. — In Hannover lagen bis Sonnabend früh bereits 600 Neumeldungen für den Wahlverein und mehrere hundert neue Abonnenten für das Parteiblatt vor. Am Freitag fanden noch zwei glänzende besetzte Versammlungen statt, in welchen die Genossen Ströbel-Berlin und König-Hagen sprachen. Genosse Leinert referierte am Mittwoch in einer gutbesetzten Versammlung der Jugendlichen im Alter von 18—21 Jahren. Am gleichen Tage wurde der „Volkswille“ in 100 000 Exemplaren verbreitet. Die Gegner, insbesondere das Zentrum, der evangelische Arbeiterverein und die Gelben, die erst geistpöbelt hatten, bekommen es jetzt mit der Angst und veranlassen eine intensive Gegenagitation. Die Schwarzen verbreiteten ein Flugblatt mit ungläublichen Schimpereien und gemeinen Verleumdungen. Sogar eine Frauengruppe hat die „nationale Arbeiterzeitung“ gegründet. — In Breslau wurden bis Donnerstagabend 615 neue Parteimitglieder gewonnen.

**Breslauer Justiz.** Genosse Förster, der Verantwortliche der „Volksmacht“, wurde von der Strafkammer wegen angeblicher Beleidigung eines Pfarrers zu drei Wochen Gefängnis verurteilt. — Der Transportarbeiterverband wurde vom Breslauer Schöffengericht für politisch erklärt und elf Vorstandsmitglieder wurden zu Geldstrafen verurteilt. — Genosse Peters, der Berliner Jugendsekretär, wurde vom Breslauer Schöffengericht wegen Aufforderung zum Ungehorsam gegen einen Polizeikommissar zu 50 Mk. Geldstrafe verurteilt. — Genosse Löbe, der Vorsitzende des Breslauer Bildungsausschusses, mußte sich als „Veranstalter“ von Opern- und Schauspielvorstellungen, die am Buß- und Totensonntag stattfanden, vor dem Breslauer Schöf-

engericht verantworten. Er wurde in vier Fällen zu Geldstrafen verurteilt, obwohl die Theaterdirektoren bereits als Veranstalter bestraft worden sind. Gleichzeitig wurde verkündet, daß im nächsten Jahre eventuell auch die Schauspielerei bestraft würden. So geht es in Breslau fast in jeder der 52 Wochen im Jahre. Diese Woche beginnt wieder mit einem Prozeß gegen den Wirt des Gewerkschaftshauses, das ständig unter polizeilicher Beobachtung steht. Unter solchen Umständen sind die guten Erfolge, die unsere dortigen Genossen mit ihrer Agitation für den Sozialdemokratischen Verein und die „Volksmacht“ erzielt haben, leicht zu verstehen.

**Wie Prozeßprozeße zustande kommen,** zeigte am Sonnabend eine Verhandlung vor dem Schöffengericht in Zwickau. Das „Sächsisches Volksblatt“ hatte in einer Notiz geschrieben, ein bei der bestrittenen Möbelfabrik von Krebs in Wilsau als Arbeitswilliger eingetretener Tischler habe durch sein Verhalten den Verdacht erweckt, er hätte eine Geldsumme für seinen Streikbruch erhalten, und daß er, als man ihm auf den Kopf zu jagte, er habe sich von Krebs laufen lassen, keinen Versuch gemacht habe, dies zu bestritten. Darauf erhob die Staatsanwaltschaft Zwickau öffentliche Klage gegen den damaligen Verantwortlichen des „Sächsischen Volksblattes“, Genossen Barth, wegen Beleidigung des Krebs. Als der Vorlesende den als Zeugen erschienenen Fabrikanten Krebs fragte, wie er in der inkriminierten Notiz eine Beleidigung seiner Person erblickte und Strafantrag stellen konnte, da erklärte dieser, daß er sich gar nicht beleidigt gefühlt habe. „Ich habe die Sache gar nicht so ernst genommen. Ich habe mir nichts dabei gedacht.“ Er sei auf die Staatsanwaltschaft geladen worden und dort habe man ihn gefragt, ob er Strafantrag stellen wolle. Trotz der eidlischen Aussage des Fabrikanten, daß er sich bei dieser Notiz nichts dabei gedacht habe, steht in der Klagechrift, daß die Notiz jenem vorgeworfen hätte, die Notlage des Arbeitswilligen in unlauterer Weise ausgenutzt zu haben! Als der Staatsanwalt seine Felle fortzuschwingen sah, suchte er durch Schwenken des roten Lappens eine Bestrafung unseres Genossen zu erreichen. Er begründete seinen Strafantrag u. a. mit dem Hinweis, daß schon die Tendenz des „Volksblattes“ die Absicht der Beleidigung des Fabrikanten verbürge. Trotz solcher Anstrengungen wurde das Verfahren gegen Barth dem Antrage des Verteidigers entsprechend eingestellt.

**Eine rote Woche in Belgien.** Das Bureau des Generalrates der belgischen Arbeiterpartei schlägt vor, in der Woche vom 5. bis 12. April in ganz Belgien eine Propagandawoche zu veranstalten. Alle Gruppen, alle tätigen Genossen, sämtliche Mandatsinhaber von den Senatoren bis zu den Gemeinderatsmitgliedern sollen sich zur Verfügung stellen zur Werbung von neuen Mitgliedern für die Partei, zur Gewinnung von Abonnenten für die Presse und zur Sammlung von Unterschriften für die Petition um das allgemeine Wahlrecht. Die belgische rote Woche würde mit dem Kongreß der Arbeiterpartei ihren Abschluß finden.

**Stand der belgischen Parteiorganisation.** Die Berichte für den zu Ostern stattfindenden Kongreß der belgischen Arbeiterpartei sind fertiggestellt. Sie umfassen einen statistischen Band von 216 Seiten. Ueber den Einfluß des Generalstreits auf die Mitgliederbewegung in den Gewerkschaften jagt der Bericht: In der gelben Presse, auch hier und da in Organen der sozialdemokratischen Parteien des Auslandes wird behauptet, daß durch den Generalstreit die gewerkschaftliche Organisation geschädigt worden sei und an Mitgliedern verloren habe. Tatsache ist, daß die an die belgische Arbeiterpartei angeschlossenen Gewerkschaften vom Jahre 1908 bis zum Jahre 1911 nur 10 000 neue Mitglieder gewonnen haben. Als im Juli 1912 der Beschluß gefaßt wurde, den Generalstreit vorzubereiten, sprang die Mitgliederzahl von 77 104 im Jahre 1911 auf 116 082 Ende 1912 hinauf. Nach dem Generalstreit sank die Mitgliederzahl — das ist ein Geleß, welches jeder Arbeiterführer nach einem großen Kampf beobachten kann — während zweier Monate etwas. Diese rückgängige Bewegung hörte jedoch bald auf und machte einer vorwärtsschreitenden Platz. Am Schlusse des Jahres 1913 zählten die der Arbeiterpartei angeschlossenen Gewerkschaften 126 000 Mit-

## Die Schatzgräber.

Humoristischer See-Roman.  
Von W. W. Jacobs.

(30. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

Fräulein Mancke setzte und häubte ab, kochte und schmeuerte ungestört weiter, und so friedfertig war sein Benehmen, als er eines Morgens von einem Spaziergange zurückkehrte und das Vorzimmer ausgeräumt fand, daß sie von ihrer Gewohnheit abwich und ihm die Notwendigkeit des Falles ausführlich auseinanderlegte.

„Ich glaube selbst, daß es dem Zimmer gut tun wird“, jagte der Kapitän.

„Natürlich wird es das“, entgegnete Selina. „Sie glauben doch wohl nicht, daß ich es zum Vergnügen tue? Ich dachte, Sie sollten sich in den Garten setzen, und natürlich mußte es anfangen zu regnen.“

Der Kapitän meinte, das schade nichts. „Joseph“, fuhr Fräulein Mancke fort, während sie einen kaffeebeimeligen Glanz in ihrem Eimer ausstrahlte. „Joseph hat sich ein nettes Bein geholt. Es heilt sehr langsam.“

Der Kapitän machte an der Küchentür Halt und sagte, es täte ihm leid, das zu hören.

„Wenn's auch was schlimmeres als kaputte Bettfedern gibt“, bemerkte Fräulein Mancke weiter, mechanisch ihre Scheuerbürste einsetzend, „auf See verloren gehen, zum Beispiel.“

Kapitän Boldt gab keine Antwort. Sich die Idee zu eigen machend, daß alle Wege nach Rom führen, hatte Fräulein Mancke seit ihrem Aufenthalt in der Kirchenstraße viele indirekte Versuche gemacht, das Gespräch auf die Schatzgräber zu bringen.

„Die Herren sind wohl wirklich untergegangen?“ fragte sie, sich niederbückend und geräuschvoll scheuernd.

Der Kapitän, den Umstand, daß sie ihm den Rücken zuwandte, auszunutzen, blickte sie scharf an. Die Unverschämtheit des Mädchens war kläffend. Sein Blick wanderte von ihr zum Sekretär, und als sein Auge auf den in der Klappe stehenden Schlüssel fiel, kam ihm der Gedanke, ihr eine höchst nötige Lektion zu erteilen. Er stieg über den Eimer auf den Sekretär zu, und wie er beim Aufsehen dem Blicke des Mädchens begegnete, drehte er den Schlüssel geräuschvoll im Schloß und steckte ihn mit übertriebener Wichtigkeit in die Tasche. Ein plötzlich lebhafter Wechsel in Selinas Gesichtsfarbe zeigte ihm zu seiner Befriedigung, daß sein Manöver nach Gebühr gewürdigt worden war.

„Haben Sie Angst, daß ich was stehle?“ fragte sie hitzig, als er wieder in die Küche trat.

Dem Kapitän sank das Herz. „Nein“, sagte er hastig. „Allerdings hat mir mal jemand einen Zettel daraus weggenommen“, fügte er hinzu. „Daher halte ich es jetzt verschlossen.“

Fräulein Mancke ließ die Bürste in den Eimer fallen, erhob sich langsam auf die Füße und stand nun da und trocknete sich die Hände in ihrer groben Schürze. Ihr Gesicht zeigte rote und weiße Flecken und der Kapitän, der sie mit wachsendem Unbehagen betrachtete, begann Segel einzuziehen.

„Ich dachte wenigstens, daß es jemand tat“, murmelte er.

Selina beachtete das nicht. „Machen Sie, daß Sie aus meiner Küche rauskommen“, sagte sie mit heiserer Stimme, indem sie an ihm vorbeistrich.

Der Kapitän gehorchte eilends und trat in das ausgeräumte Zimmer, wo er eine Zeitlang zum Fenster hinausschaute und dem Regen zusah. Dann kopfte er sich seine Pfeife, und einen kleinen Stuhl, der kopfüber auf einem großen Faß, entfernt, nahm er dessen Platz ein und starrte trostlos den nassen Fußboden und die allgemeine Unordnung an.

Nach dem Verlauf einer Stunde warf er einen flüchtigen Blick in die Küche. Selina Mancke saß, ihm den Rücken zugekehrt, brütend beim Herde. Es schien ihm ganz klar, daß sie sich schäme, ihm ins Gesicht zu sehen, und erfreut, solch Aufstandsgelächter bei ihr zu finden, beschloß er, ihr weitere Verlegenheiten zu ersparen und nach oben zu gehen. Er ging geräuschvoll die Treppe hinauf und schloß seine Tür mit einem lauten Knall, aber obwohl er sie hernach wieder öffnete und scharf lauschte, hörte er doch keinen Ton von unten.

Am Ende der zweiten Stunde hatte sich seine Unruhe in Bestürzung verwandelt. Das Haus war still wie ein Grab, das Wohnzimmer befand sich immer noch in einem Zustande des Chaos, und ein gesunder Appetit stellte ihm andauernd die ominöse und unbequeme Frage, wie es mit dem Mittagessen stehe. Eine heitere Melodie flötend, ging er daher wieder nach unten und steckte den Kopf in die Küche. Selina saß noch in derselben Stellung da und gab, als er haßte, keine Antwort.

„Wie ist es mit dem Essen?“ fragte er endlich mit einer Stimme, die uninteressiert erscheinen sollte.

„Gehen Sie weg“, bemerkte Selina brummig. „Ich will kein Essen.“

Der Kapitän stutzte. „Aber ich“, sagte er dann mit Nachdruck.

„Dann kochen Sie es sich nur selbst“, antwortete Fräulein Mancke, ohne den Kopf zu wenden. „Ich könnte am Ende eine Kartoffel oder sonst was stehlen.“

„Reden Sie keinen Unsinn“, meinte der andere nervös.

„Ich bin keine Diebin“, fuhr Fräulein Mancke fort. „Ich arbeite so fleißig, wie nur irgend jemand in Lunderstadt, und keiner kann behaupten, daß ich ihm auch nur soviel wie einen Pfennig entwendet habe. Wenn ich auch arm bin, so bin ich doch ehrlich.“

„Das weiß jeder“, bemerkte der Kapitän hierauf mit Bestimmtheit.

„Sie sagten, Sie wollten den Zettel nicht mehr haben“, sprach Selina, sich endlich umwendend und ihn zornig anschauend, weiter. „Ich hörte es mit meinen eigenen Ohren, sonst würde ich ihn nicht genommen haben. Und wenn Sie zurückgekommen wären, hätten Sie Ihren Anteil gekriegt. Sie wollten den Schatz selbst nicht haben und Sie wollten auch nicht, daß andere Leute ihn kriegen. Und er gehörte Ihnen auch nicht, das hab ich selbst gehört, wie Sie das sagten.“

„Na, gut denn, sagen Sie kein Wort mehr davon“, entgegnete nunmehr der Kapitän. Wenn jemand danach fragt, können Sie sagen, daß ich wußte, daß Sie den Zettel hatten. Jetzt gehen Sie und stecken Sie den da wieder in den Sekretär.“

Er warf den Schlüssel auf den Tisch, und nach einem Augenblick des Zögerns wendete sich Fräulein Mancke mit einem zufriedenen Nicken um und nahm ihn auf. Die folgende Stunde verbrachte der Kapitän in seinem Schlafzimmer, denn Fräulein Manckes eilige Evolutionen, wie sie von den Kochtöpfen zum Wohnzimmer und vom Wohnzimmer zurück zu den Kochtöpfen lauschte, erforderte freies Fahrwasser.

Eine Woche später war sie einer der glücklichsten Menschen in Lunderstadt. Eduard Hagedorn hatte ein Kabel von Auckland auf Neuseeland empfangen: „Alle in Sicherheit; reisen heimwärts“, und sie teilte sich mit Frau Grot und Frau Stobel in die herzlichsten Glückwünsche eines großen Freudenfestes. Ihre Freude wurde nur etwas durch den fieberhaften Zustand des Herrn Wöbke beim Anhören der Neuigkeit beeinträchtigt.

## Einundzwanzigstes Kapitel.

Zum Glück für ihre Gemütsruhe hatten Herr Grot und seine Freunde, die an Bord des Dampfers „Scharnhorst“ in Sicherheit der Heimat zutrafen, keine Ahnung davon, daß die Geschichte des Schatzes öffentliches Gemeingut geworden war. Seit ihrer Depeche war sie der Hauptgesprächsgegenstand in der Stadt geworden, und da Fräulein Mancke es



glieder in runder Summe, ein Zuwachs von 10.000 Mitgliedern trotz einer heftigen industriellen Krise und im Jahre des Generalstreiks. Die belgische Arbeiterpartei besteht aus den Gewerkschaftsorganisationen, den Konsumgenossenschaften und den politischen Organisationen, die auf dem Boden des sozialdemokratischen Programms stehen. Die Zahl der sich so ergebenden Gesamt-Mitgliederzahl der Partei ist folgende: 1910 zählten die angeschlossenen Gruppen Beiträge für 202.584 Mitglieder, 1912 für 232.421 Mitglieder und 1913 für 269.830 Mitglieder. Wenn man in Rechnung legt, daß verschiedene Gruppen mit ihrer Beitragszahlung im Rückstande sind, so kann man eine Mitgliederzahl der Gesamtpartei von 284.000 annehmen. Auffällig für deutsche Sozialisten ist die geringe Mitgliederzahl der rein politischen Gruppen, die der Arbeiterpartei angeschlossen sind. Sie beträgt nur 15.942, das sind nur 5,6 Prozent der Gesamtmitgliedszahl.

## Versammlung der Bürgerschaft.

b. Lübeck, den 16. März 1914.

Der erste Wortführerstellvertreter Dr. Benda eröffnet um 6 Uhr 20 Min. die Sitzung. Von der sozialen Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen Verbände ist eine Eingabe eingegangen, die auch dem Reichstag überreicht worden ist und sämtlichen deutschen Städteverwaltungen zugeht. Es wird gebeten, daß auch die Lübecker Bürgerschaft sich in einer der nächsten Sitzungen damit beschäftigen möge. Die Eingabe zielt auf den Wunsch, daß eine einheitliche Regelung der Sonntagsruhe ohne Unterschied in sämtlichen deutschen Gemeinden eingeführt werden möge.

Dr. Schlömer regt Überweisung an die Bürgerausschusskommission an.

Hent (Büttwisch) fragt, warum die Staatsberatung verjagt wurde.

Dr. Benda weist auf besondere Umstände hin, die eine Verhinderung notwendig machten.

1. Antrag: Herstellung weiterer Klassenräume und einer Turnhalle für die Bezirksschule in Travemünde.

Hent (Büttwisch) ersucht um Annahme des Senatsantrages und fragt, ob die Turnhalle auch den Travemünder Turnvereinen überlassen werde. Ferner ersucht Reuber, die geschuligten Zielanlagen baldigst auszuführen.

Dr. Schlömer betont, daß dieser Antrag im Gegensatz zu den meisten andern Travemünder Anträgen, die sich stets um das Bad Travemünde drehten, den Einwohnern und Schülern zugute kommen soll. Die Vorlage entspricht jedoch nicht den Erwartungen, die man an sie gestellt habe. Es wird gesagt, daß es sich nur um ein Provisorium handle. Nach dem Bericht der Oberhalbbehörde werde dieses Provisorium wohl sehr lange dauern. Hier wolle man nicht nur auf ein oder zwei Jahre der allgeringsten Not abhelfen; für längere Zeit sei dieses Provisorium mit den Veränden aber nicht geeignet. Vor allem seien die Heizungen für die besonderen Winterverhältnisse Travemündes nicht ausreichend. Auch könnten die Verände bis Ostern kaum mehr fertiggestellt werden. Eine Kommission müßte erst noch prüfen, ob das Provisorium oder der erste Voranschlag der Baudeputation auszuführen sei.

Senator Dr. Kalkbrenner: Die Einrichtungen entsprechen vollkommen den Ansprüchen. Ein massiver Bau würde 40.000 Mk. kosten. Vor der Überweisung an die Kommission warnt Reuber und erklärt, daß die Turnvereine die Turnhalle benutzen können, wenn sie die Bedingungen erfüllen, die die Oberhalbbehörde stellt.

Wandke erklärt sich für die Vorlage, weil sie unbedingt notwendig ist. Später könne man ein besseres bauen, wenn man die steigenden Schulbedürfnisse überlebe. Die Verände seien gut.

Joh. Reimpell unterstützt den Senatsantrag und die Aufstellung der Verände, wünscht aber eine Aenderung der Pläne, um die Schwimmbäder abzubauen.

Dr. Schlömer: Meine Gründe bleiben unwiderlegt. Für Volksschulbauten findet sich hier sehr selten eine Mehrheit, die die notwendigen Kosten bewilligt. Die Gesundheitsverhältnisse liegen hier doch etwas anders als Herr Wandke meint. Man muß auch in Betracht ziehen, daß hier die Verände von bedeutend mehr Personen benutzt werden, als bei ihrem früheren Zweck, wo nur wenige Kranke darin wohnten. Da ist die Kommissionsberatung doch angebracht. Dann möchten wir auch wünschen, daß die Turnhalle auch den Arbeiterturnern und nicht nur den bürgerlichen Vereinen überlassen wird.

Jetzt nicht mehr nötig hatte, ihren Anteil an der Sache geheim zu halten, wurde Herr Gottlieb Venzers von seiner Reputation als Vagabond, unter der er schon lange schwer gelitten hatte, befreit.

Die verschiedenen kirchlichen und wohltätigen Vereinigungen begannen sich jetzt zu regen. Infolge seines unruhigen Wesens und seiner Liebe zur Veränderung beanspruchten nicht weniger als drei Seiten Herrn Gros für sich und erhoben, unter Hinweis auf seine früheren Spenden, eine gedehnte Forderung.

Der Anspruch der evangelischen Kirche auf Herrn Hagedorn wurde als einwandfrei angesehen, aber der Fall des Herrn Stabel hatte vor Schlichtung. Die ihn in Schutz nehmen, sagten, er gehöre einer Seite an, die in Vordenk nicht heimisch sei, aber eine Abart der Barrikade erhob. Anträge auf ihn aus dem Grunde, daß er ihr Gotteshaus gebaut habe — mit einem bedeutenden Verlust bei dem Konstrukt — vor einigen Jahren.

Die Kirchenfrage wurde, als es bekannt wurde, daß der Kapitan Bolst jeden Anreiz für sich abgelehnt hatte, von denen, die sich als Strohbeten melken, belagert, und selbst die Kirchenfrage wurde nicht übersehen. Herr Waneke sagte jeder, der sich nicht mit einem Unverständnis zurück, aber Schluß, nach einer langen Auseinandersetzung mit einem reichlichen Unteroffizier der Heilarmee, während der die Methoden und Güter dieser Organisation einer heftigen Kritik unterworfen wurden. Hier lag bereits erweisen, ihr Ansehen stieg auf Schlag zu geben.

Als Herr Waneke sah, daß der Richter der Abenteurer mit geringfügigen Interzessen entgegen. Eduard Hagedorn gegenwärtig wie sie mit, auf des Kapitäns Handgelenk. Er ist, kein wenig dieses unheimlichen Gemüses anzunehmen, hin und weg mit einigen kleinen Strichen einen Vergleich zwischen ihrem Onkel und seinem Vater, den er reichlich aufgezogen fand. Zur Befriedigung wies er auf die Anzeichen von Wut und Stolz hin.

„Sie werden beide durch Gottes Barmherzigkeit und Abenteurer befreit“, sagte er, während er an ihrer Seite den Gang hielt.

Herr Waneke gab keine Antwort. „Und Sie werden nicht befreit“, bemerkte sie.

Herr Hagedorn richtete sich mit einem kleinen Winken nach rechts, die nur durch den Ausdruck seiner Augen etwas beunruhigend war, nach auf. „Ich werde nie einen Pfennig davon annehmen“, erklärte er. „Ich werde es wie der Käppel machen. Ich werde mein Bestes, mich ganz nach ihm anzuhalten.“

Grünau meint, daß die Sache große Eile habe, wes halb Kommissionsberatung unangebracht sei. Vielleicht könne man schon im nächsten Jahre einen Antrag für ein Schulhaus erwarten. Hauptsächlich würden die von der Oberhalbbehörde gestellten Bedingungen derart sein, daß die Turnvereine sie auch erfüllen können.

Wandke erinnert an die früheren Schulverhältnisse in Schlutup und Rüdnitz. Man werde auch hier sobald es notwendig sei, Veränderung treffen. Terrain für Arbeiterwohnungen in Travemünde sollte freigemacht werden.

Hent (Büttwisch) ersucht um Errichtung einer Wartehalle in Rüdnitz.

Der Antrag von Dr. Schlömer wird abgelehnt. Der Senatsantrag mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

2. Antrag: Voranschlag der Verwaltungs- und des Hauptzollamts für das Rechnungsjahr 1914.

Wird debattelos angenommen.

Schluß 7 1/2 Uhr.

## Gewerkschaftsbewegung.

„Ein sozialdemokratisches Arbeitsmonopol im Steinfeldgewerbe.“ Also betitelt sich eine Reihe von Artikeln, die in den letzten Wochen die Kunde durch einen großen Teil der bürgerlichen Presse gemacht hat. Ausgegangen ist diese Preßkampagne gegen den Verband der Steinfelder — um eine solche handelt es sich — von der christlichen Gewerkschaftszentrale; die Artikel sind denn auch naturgemäß in der gesamten Zentrums- und konservativen Presse erschienen; sie sind aber auch unter entsprechender Garnierung in die konservative, freikonservative und national-liberale Scharfmacherpresse lanciert bzw. übernommen worden. In den speziellen Unternehmerorganen, wie „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ u. a. sind diese Artikel jedoch so frühzeitig erschienen, daß ohne weiteres auf eine direkte Inspiration von „christlicher“ Seite geschlossen werden muß. Es handelt sich bei dieser Preßkampagne lediglich um ein Konkurrenz-maßnahmen der „christlichen“ Gewerkschaft, das sich allerdings in seiner Wirkung mehr gegen die Arbeitgeber als gegen den Verband der Steinfelder richtet, indem damit gerade der Teil des zurzeit vorhandenen Reichstages für das Steinfeldgewerbe zerstört werden soll, auf den die Arbeitgeber den größten Wert legen. Derselben nämlich, daß überall da, wo die beiderseitigen Organisationen stark genug sind, gelegentlich auch die schlimmsten Auswüchse der Schmutzkonzurrenz gemeinsam bekämpft werden sollen. Ganz naturgemäß müssen sich die Unternehmer in solchem Falle verpflichten, die am Kampfe beteiligten Arbeiter in erster Linie in ihre Betriebe einzustellen, falls sie nicht die Hälfte des ausfallenden Lohnes tragen wollen. Das nennen die „christlichen“ Klopffischer dann ein „sozialdemokratisches Arbeitsmonopol“. Was sie da betreiben, ist zwar eine sehr plumpe Spekulation auf die politischen Vorurteile der als Auftraggeber in Betracht kommenden Behörden — immerhin aber ist es nicht ganz ausgeschlossen, daß einzelne derselben darauf hereinfallen und damit in die Rolle verfallen, die ihnen die „Christen“ annehmen, sich nämlich als Zureicher für ihre lenkenden Organisation gebrauchen zu lassen. Während aber auf der einen Seite die „Christen“ die Behörden gegen das „sozialdemokratische“ sozialdemokratische Arbeitsmonopol scharf machen, spielen sie sich den Arbeitern gegenüber als die Hüter und Schützer der vitalsten Klasseninteressen auf, indem sie bei diesen mit der Fuge kriechen gehen, der Verband der Steinfelder habe das Streikrecht an die Unternehmer „verraten und verkauft“. Es sind also ziemlich zweifelhafte Ordnungserreiter, die sich den Behörden da anbieten.

Internationales. England. Das gemeinsame Komitee der englischen Arbeiterpartei und der Gewerkschaften beschloß, zum 6. April einen außerordentlichen Kongreß einzuberufen, um Maßnahmen zum Schutze der jüdisch-palästinensischen Deportierten zu treffen. Von jüdisch-palästinensischer Seite wird der Generalstreik sowie der Boykott aller Waren aus Südafrika verlangt; aber solche Vorschläge dürften wenig Anklang finden, da sie der Sache vorwiegend schaden, als nützen würden. Dagegen ist es wahrscheinlicher, daß der Vorstoß der Arbeiterpartei, sowie der Vorstoß des Gewerkschafts-kongresses, die Abgeordneten MacDonald und A. Seddon, als die Vertreter der englischen Arbeiterpartei nach Südafrika geschickt werden, um der dortigen Regierung persönlich den Protest der Organisationen zu überbringen und zugleich der politischen und gewerkschaftlichen Bewegung dort unten nach Kräften beizuhelfen. Auch die englischen Verbände der Bergarbeiter und der Eisenbahner planen, Geld und Organi-

satoren ihren Brüdernverbänden in Südafrika zur Verfügung zu stellen, weil dort die meisten leitenden Personen der Gewerkschaften noch immer im Gefängnis oder ausgewiesen sind.

## Der Kampf um den Arbeitsnachweis.

In Gewerkschaftskreisen ist der Frage der Arbeitsvermittlung nicht immer die gleiche Beachtung und Bedeutung geschenkt worden, die ihr von Unternehmerverbänden und den Gegnern der Arbeiterbewegung entgegengebracht wird. Die Arbeiter haben zwar erbitterte Kämpfe um den Arbeitsnachweis geführt, aber im Unternehmertum ist eine viel größere Einseitigkeit der Anschauungen über diese Frage vorhanden, auch eine viel größere Kampfeslust zur Eroberung oder Verteidigung des einseitigen Unternehmensnachweises. Die geschlossene Kampfesfront der Unternehmer hat auf die Gestaltung des Arbeitsnachweises in Deutschland einen starken und zwar recht unheilvollen Einfluß ausgeübt. Sie beherrscht in der Groß- und Schwerindustrie den Arbeitsnachweis fast völlig und ist unabhängig bemüht, diesen Einfluß auch in allen anderen Industrien durchzusetzen.

Doch die Fäden der Scharfmacherpolitik werden nicht allein in den Bureaus der Unternehmerverbände und in den Redaktionen der Unternehmerpresse gesponnen, auch mancherlei sonstige Stellen, die nicht zu diesem Zweck geschaffen wurden, werden auf Umwegen dem Einfluß der Scharfmacher dienlich gemacht. Besonders auf dem Gebiete der Arbeitsvermittlung zeigen sich in jüngerer Zeit Vorgänge, die auf gut organisierte Kulisenarbeit schließen lassen. Es hat sich herausgestellt, daß innerhalb der Reichsregierung eifrige Vorarbeiten getrieben werden für eine „Verbesserung der Arbeitsnachweisstatistik“, verbunden mit einer sogenannten „Verbesserung der Arbeitsnachweisorganisation“. Im November 1913 hat das Kaiserliche Statistische Amt dem Staatssekretär des Innern einen Bericht erstattet, der einen Überblick über diese beiden Fragen. In dem Bericht heißt es, daß es noch „eine Menge unnötiger Arbeitslosigkeit gibt“, die durch besseres Zusammenarbeiten der bestehenden Arbeitsnachweisorganisationen und durch ihren planmäßigen Ausbau beseitigt werden könnte.

Die Verbesserung der Arbeitsnachweisstatistik soll nach den Vorlägen des Statistischen Amtes darin bestehen, allen nicht gewerkschaftlichen Arbeitsnachweisen die gesetzliche Pflicht auferlegen, über ihre Tätigkeit allmonatlich an das Amt zu berichten. Um diese Berichterstattung allen Arbeitsnachweisen zur Pflicht zu machen, soll auch eine Meldepflicht eingeführt werden, d. h. jede Errichtung, Verlegung oder Auflösung eines Arbeitsnachweises soll bei der Ortspolizeibehörde angemeldet werden.

Zur Reform der Vermittlungstätigkeit wird in dem Bericht der Vorschlag gemacht, „das gesamte Arbeitsnachweiswesen nach einheitlichen Gesichtspunkten für das ganze Wirtschaftsgebiet des Deutschen Reiches zweckentsprechend zu organisieren“. Es soll zunächst örtlich auf eine größere Zentralisierung der Arbeitsvermittlung, insbesondere auf eine engere Verbindung zwischen den verschiedenen Arten von Arbeitsnachweisen hingewirkt werden, mit dem Ziel, örtliche Arbeitsnachweisverbände und deren Zusammenschlüsse zu Landes- bzw. Provinzialarbeitsnachweisverbänden zu erschaffen. Diese Verbände sollen die Aufgabe haben, „durch regelmäßigen Austausch von Bilanzlisten und lückenlosen Ausbau des Arbeitsnachweisnetzes einen besseren und schnelleren Ausgleich zwischen Stadt und Land und bzw. zwischen den verschiedenen Gebietsteilen und Erwerbszweigen innerhalb des bestehenden Wirtschaftsgebietes herbeizuführen“.

Es soll nicht bestritten werden, daß solche Vorschläge an sich ihre Berechtigung haben mögen, in der Organisation des Arbeitsnachweises ist noch manches verbesserungsbedürftig. Aber für wirkliche Reformen auf diesem Gebiet wie überhaupt für jegliche Garantie einer wahrhaft unparteiischen Arbeitsvermittlung muß die Forderung erhoben werden, daß den Arbeitern das Mitbestimmungsrecht bei der Verwaltung des Nachweises gesichert wird. Es muß weiter gefordert werden, daß der „Ausgleich zwischen Stadt und Land“ nicht in einer zwangsweisen Verschickung der flüchtigen Arbeitslosen nach den Landbetrieben usw. erblickt wird. Es käme dabei nicht nur die Freizügigkeit der Arbeiter in Gefahr, sondern auch der Einfluß der Arbeiter bzw. deren Organisationen auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Ein Arbeitsnachweis ist nicht die Stelle, wo über die Freizügigkeit entschieden werden kann. Ebenso-

Das junge Mädchen betrachtete ihn argwöhnisch. „Zurzeit sehe ich noch keine Anzeichen von Erfolg“, sagte sie kühl. Herr Hagedorn lächelte beiseite. „Schmeicheln Sie mir nicht“, bat er.

„Haben Schmeicheln“, versetzte die entrüstete Magda.

„Wegen meiner vollendeten Fähigkeit, es zu verbergen“, war die Antwort. „Ich behalte alles im Verborgenen, bis ich ihm so gleich bin — in jeder Einzelheit — daß Sie den Unterschied nicht werden erkennen können. Ich habe ihn oft um den Besitz einer solchen Richte beneidet. Wenn die Möglichkeit vollkommen sein wird.“

„Nanu?“ fragte Fräulein Renzow mit spöttischer Ungeduld.

„Werden Sie zwei Onkel statt eines haben“, schloß Herr Hagedorn mit Nachdruck.

Fräulein Renzow machte mit deutlicher Absicht mitten im Wege Halt.

„Sollen Sie fortjahren, Aufhören zu reden?“ fragte sie bedeutungsvoll.

Herr Hagedorn seufzte. „Ich würde lieber Sinn reden“, antwortete er mit einem plötzlichen Wechsel in seinem Benehmen.

„Versuchen Sie es doch mal“, ermutigte ihn das junge Mädchen.

„Es ist mir so schwer“, sagte Eduard nachdenklich, „Ihnen gegenüber.“

Fräulein Renzow blieb abermals stehen.

„Für mich“, sagte der andere hastig hinzu. Seine Begleiterin sagte, daß sie das auch glaube. Sie erinnerte ihn auch daran, daß ohne Übung nichts leicht sei.

„Und ich sollte es gar nicht so schwer finden“, sagte Herr Hagedorn. „Jedemwo versteckt habe ich einen großen Posten Sinn.“

Fräulein Renzow gestattete sich einen leisen Ruf des Erstaunens. „Dann war es eben keine leere Phraserei von Ihnen“, sagte sie.

„Phraserei?“ wiederholte der andere verwundert. „Was für eine Phraserei?“

„Von Ihrer wunderbaren Fähigkeit, etwas zu verbergen“, erwiderte Magda lebenswichtig.

„Sie kommen aus freien Stücken wieder auf den Unsinn zurück“, sagte Herr Hagedorn streng. „Sie nehmen das Gespräch von den Danks wieder auf.“

„Nichts von der Art“, entgegnete Magda hitzig.

„Denn wir den Gegenstand verlassen — für immer“, sagte Herr Hagedorn pathetisch, „möchte ich, wenn Sie gestatten, noch eine Bemerkung dazu machen. Ich möchte nicht für

allen Reichtum der Welt Ihr Onkel sein — wo wollen Sie hin?“

„Ins Haus“, antwortete Fräulein Renzow kurz.

„Einen Augenblick“, flüchte der andere, „ich bin gerade im Begriff, Sinn zu reden.“

„Ich werde Sie anhören, wenn Sie erst mehr Übung darin haben“, sagte das junge Mädchen, dem Hause zu schreitend.

„Das kann man unmöglich üben“, entgegnete Eduard ihr folgend. „Es ist etwas, das nur Ihnen anvertraut werden kann. Wollen Sie nicht bleiben?“

„Nein“, sagte das junge Mädchen.

„Auch nicht aus Neugierde?“

Fräulein Renzow, die stramm geradeaus blühte, schüttelte den Kopf.

„Nun, vielleicht kann ich es auch im Hause sagen“, murmelte Eduard resigniert.

„Und da werden Sie auch mehr Zuhörer haben“, sagte Magda, freier atmend, als sie das Haus erreicht hatte. Onkel ist drinnen.“

Sie schritt so eilig durch die Küche und in das Wohnzimmer, daß Kapitän Bolst, der leidend beim Fenster saß, seine Zeitung sinken ließ und verwundert aufstah; der Ausdruck fester Entschlossenheit in Herrn Hagedorns Gesicht entging seiner Aufmerksamkeit nicht.

„Herr Hagedorn ist hereingelassen, um Sinn zu reden“, bemerkte Magda feierlich.

„Sinn zu reden?“ wiederholte der erstaunte Kapitän.

„Ja, wie er gesagt“, antwortete Fräulein Renzow, „sah auf einen niedrigen Stuhl an der Seite des Kapitans niederlassend und den Eindringling ruhig ansehend. „Ich sagte ihm, daß ich dachte, du würdest es auch ganz gern hören.“

Sie wendete eine Sekunde ihren Kopf zur Seite, um ihre Heiterkeit zu verbergen, und in dieser Sekunde bedachte Herr Hagedorn den Kapitän mit einem Blick, dessen Kraft sofort vielfach erwidert wurde. Sie sah gerade zeitig genug auf, um ihre Gesichtszüge ihren alten Ausdruck wieder annehmen zu lassen, und näher an den Kapitän herandrückend, legte sie unwillkürlich die Hand auf seine Knie.

„Hoffentlich“, meinte Kapitän Bolst nach einer langen und ziemlich peinlichen Pause — „hoffentlich wird die Unterhaltung nicht über mein Verständnis gehen?“

„Herr Hagedorn redete von Danks“, sagte Magda maßlos.

„Nichts Schlechtes hoffentlich?“ fragte der Kapitän mit gut gespielter Mangelhaftigkeit.

(Fortsetzung folgt.)



wenig diesen Zwangsmittel bei der Befolgung von Arbeitsplätzen mit rückständigen Löhnen zur Anwendung kommen. Mit solchen Mitteln kann die Arbeitslosenfrage und die Befreiung der „unwürdigen Arbeitslosigkeit“ nicht gelöst werden. Wenn man sich jedoch die Verhandlungen des preussischen Abgeordnetenhauses vom Januar und Februar 1913 vergegenwärtigt, erscheinen solche Ziele keineswegs als ausgeschlossen, wie ja auch ein Ministerialerlass vom 13. Dezember 1912 die deutsche Arbeiterzentrale (früher Geldarbeiterzentrale) auf die gleiche Stufe mit den gemeinnützigen Arbeitsnachweisen gestellt hat, der von den Behörden jede mögliche Förderung zu erteilen sei. Demnach geht das Interesse der preussischen Regierung an der „Befreiung des Arbeitsnachweises“ ohne Zweifel dahin, durch die systematische Abhebung der städtischen Arbeitslosen der Deutenot der ostelbischen Jünger abzuhelfen. Die Regierung unterstützt auch die Landwirtschaftskammern bei der Errichtung von Arbeitsnachweisen und Arbeitsnachweisverbänden, und sie schenkt ihre Gunst vornehmlich dem preussischen Arbeitsnachweisverband, weil dieser nicht die paritätische Verwaltung, sondern die von ihm selbst zu bestimmende — „Unparteilichkeit“ der Arbeitsnachweise in den Vordergrund stellt. Wer ist so naiv, daß er hier den Pferdeschuh nicht merkt?

Aber nicht allein von dieser Seite wird der paritätischen Verwaltung der Arbeitsvermittlung der Krieg erklärt. Diese Parität allein verbürgt den Arbeitern ein Mitbestimmungsrecht, sie muß daher als das einzige Mittel angesehen werden, den Mißbrauch des Arbeitsnachweises im einseitigen Unternehmer-Interesse zu verhindern. Das wissen diese sehr gut, daher richtet sich ihre Hege in gleich heftiger Weise auch gegen die auf Grund von Tarifverträgen oder sonstiger Vereinbarung von Unternehmern und Arbeitern gemeinsam errichteten paritätischen Arbeitsnachweise. Selbst im Verband deutscher Arbeitsnachweise, der unter der Leitung des bekannten Dr. Freund steht, macht sich eine immer dreistere Gegnerschaft gegen solche vertragliche Regelung der Arbeitsvermittlung bemerkbar, was wohl darin seinen Grund hat, daß für diesen Verband eine ausgiebige „Subventionierung“ durch das Reich empfohlen wird. Einer der Vorführer dieser Richtung, der Hamburger Oberlandesgerichtsrat Dr. Naumann schrieb in der „Sozialen Praxis“ vom 20. Februar 1913: „Es ist auch gar nicht wünschenswert, daß Arbeitsnachweise auf Grund von Tarifverträgen weitere Verbreitung finden. Sie sind ein Hindernis für die umfassende Organisation des Arbeitsmarktes, die nur durch öffentlich-rechtliche Körperschaften bewirkt werden kann.“ In Wirklichkeit bedeutet dieser Standpunkt die Ausschaltung der Gewerkschaften als Vertretung der Arbeiter bei der Arbeitsvermittlung, was übrigens der genannte Hamburger Jurist in der Praxis mit vollster Deutlichkeit bei gewissen Anlässen vertreten hat. Im Verband deutscher Arbeitsnachweise gewinnt übrigens die gewerkschaftsfeindliche Richtung immer mehr Oberhand, erklärte doch selbst der liberale Stadtrat Dr. Gleich in der bereits erwähnten Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses die Parität nur als eine Form, die niemals zur Hauptsache gemacht werden dürfe. Auf solche Weise wird natürlich die „Reform der Arbeitsnachweisorganisation“ nichts weiter sein als die Zurückdrängung der Arbeiterinteressen bei der Arbeitsvermittlung, und wenn das erst völlig durchgeführt ist, wird der Einfluß der Scharfmacher schon das übrige besorgen.

Der Bericht des Statistischen Amtes liefert den tatsächlichen Beweis dafür, daß es nicht bloß gegen die rein gewerkschaftlichen, sondern auch gegen die paritätischen Arbeitsnachweise geht. Es wird nämlich darin gesagt, daß sich wohl auf die öffentlichen Arbeitsnachweise eine behördliche Einwirkung un schwer ausüben lasse, aber „den Sacharbeitsnachweisen gegenüber verjagen solche Mittel, weil sie meist auf eigenen Füßen stehen, von den betreffenden Berufsverbänden oder Tarifgemeinschaften unterhalten werden, ihre völlige Unabhängigkeit eifrig wahren und häufig einseitige Interessen oder Neben Zwecke verfolgen, die sich mit der grundsätzlichen Unparteilichkeit der öffentlichen Arbeitsnachweise und dem Interesse der Gesamtheit nicht decken.“ Der Bericht spricht in diesem Zusammenhange ferner von volkswirtschaftlich unnötigen oder gar schädlichen Arbeitsnachweisen, gegen deren Neuerrichtung es zurzeit keine Handhabe gäbe.

Und das nennt sich selbst „Unparteilichkeit“! Sowohl den bisher von den Arbeitern allein verwalteten gewerkschaftlichen als auch den von Unternehmern und Arbeitern gemeinsam verwalteten paritätischen Arbeitsnachweisen wird einseitige Interessenvertretung oder die Verfolgung von Neben zwecken nachgesagt, während die Maßregelungsbehörden der Unternehmer auch nicht mit einem Wort der Kritik bedacht werden. Wir wissen also, welcher Art die angelegte „Reform“ sein wird.

Das Statistische Amt verspricht sich von der Einführung einer Genehmigungspflicht für alle paritätischen, also nicht gemeindlichen oder staatlichen Arbeitsnachweise, eine Besserung der jetzigen Verhältnisse. Das wäre natürlich eine bequeme Art, der Arbeitsvermittlung der Gewerkschaften, bzw. den so übel angekreideten paritätischen Nachweisen das Lebenslicht auszublauen. Oder sollte uns etwa der Glaube zugemutet werden, daß von einer solchen Maßregel auch die Unternehmernachweise betroffen werden könnten! Daraus glaubt ja selbst der Staatssekretär nicht, auch weiß er ganz genau, daß sich die Unternehmer eine „Genehmigungspflicht“ einfach nicht gefallen lassen. Darum hat er den Eifer des Statistischen Amtes sofort etwas gedämpft mit der lakonischen Bemerkung, daß es wohl mit einer Genehmigungspflicht für die paritätischen Arbeitsnachweise nichts sein dürfte. Aber die vorgeschlagene Maßnahme findet der Staatssekretär akzeptabel und auch die Vorschläge zur besseren Organisation des Arbeitsmarktes erscheinen ihm „zum Teil ebenfalls zweckmäßig“.

So kann also die Kulijnenarbeit ihren Fortgang nehmen. Wenn überhaupt etwas dabei herauskommt, ist es sicher ein weiterer Knebelungsversuch für die Arbeiter, eine Erschwerung ihrer Interessenvertretung auf dem für sie so hochwichtigen Gebiete der Arbeitsvermittlung. Doch die Gewerkschaften werden auf der Wacht sein. So leicht wie es sich manche Leute denken, ist es heutzutage denn doch nicht mehr, mit den Arbeitern nach Scharfmacherbelieben umspringen.

## Soziales.

Uebersicht über die Krankenkassen. Nach der Neuordnung auf Grund der Reichsversicherungsordnung sind aus den bisher bestehenden 21659 Krankenkassen Deutschlands 9824 geworden, die in 2163 Allgemeine Ortskrankenkassen, 337 besondere Ortskrankenkassen, 595 Landkrankenkassen, 5537 Betriebskrankenkassen und 892 Innungskrankenkassen zerfallen. Die durchschnittliche Mitgliederzahl beträgt bei den Allgemeinen Ortskrankenkassen 3752, bei den Landkrankenkassen 4471, bei den Betriebskrankenkassen 668 und bei den Innungskrankenkassen 431 Personen. Dem Krankenkassenwesen würde noch mehr gedient worden sein, wenn nur Ortskrankenkassen geschaffen worden wären. Um die Unterbringung der Angehörigen von geschlossenen Krankenkassen bemüht sich der preussische Minister für Handel und Gewerbe in einem Erlaß an die Oberversicherungsämter. Es wird

darin den Vorständen der Krankenkassen empfohlen, die „geeigneten Angehörigen, die infolge der Neuordnung bei einer Krankenkasse entbehrlich werden, bei Annahme von Hilfskräften möglichst zu berücksichtigen und bei ihrer Anstellung auf die in der früheren Stellung erworbene Unwertschaft auf Ruhegehalt und Hinterbliebenenfürsorge wohlwollende Rücksicht zu nehmen.“

Krankenkassenwahlen. Zum zweiten Male wurden die Wahlen der Arbeitervertreter zum Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Baugen für ungültig erklärt. Diesmal genügte dem Versicherungsdramen in Baugen ein Formfehler. Es muß nunmehr zum dritten Male gewählt werden. — Auch die Ausschusssitzungen bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Schirgiswalde werden demnächst zum dritten Male erfolgen müssen. Gegen die erste Wahl hatten die christlich-nationalen Schieber Protest eingelegt. Das Versicherungsamt Baugen leitete ihm Folge. Gegen die zweite Wahl haben die freien Gewerkschaften wohl begründeten Protest eingelegt.

Wie die bürgerliche Presse das Publikum irreführt, ist an einem praktischen Beispiel deutlich zu beweisen. Die große deutsche Regierungspresse, die „Nordd. Allg. Ztg.“ an der Spitze, sucht seit Monaten durch Verbreitung der vom Vorstände der Deutschen Volksversicherung A.-G. vermittelten verlogenen Wadzettel die „Volksfürsorge“ zu verächtlich und zu schädigen. So hatten diese Wadzettel auch den Eindruck zu erwecken versucht, als habe das Berliner Landgericht bei Abweisung der Klage der „Volksfürsorge“ gegen die Deutsche Volksversicherung A.-G. durch das Urteil bestätigt, daß bei der „Volksfürsorge“ die Gelder der Versicherten als Kriegsschatz der Sozialdemokratie dienen würden. Die nunmehr veröffentlichten Gründe des Gerichts zeigen aber deutlich, daß das Gericht die Klage nur aus formalen Gründen abgewiesen hat und im Gegensatz zu der aufgestellten Behauptung der Gegner der „Volksfürsorge“ festgestellt: „Auch kann kein Zweifel darüber bestehen, daß (bei der Volksfürsorge) die Gelder der Versicherten in deren Interesse verwendet werden.“ Daß das Gericht die Klage nur aus formalen Gründen ablehnte, besagt folgender Satz des Urteils: „Siernach handelt es sich nur um Anfechtung der Verträge der Beteiligten, die der Anwendung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb nicht unterliegen.“ Derjenige, der nun an die bürgerliche Presse den Wortlaut der Entscheidungsgründe verbreitet, hat diese Presse zur Verbreitung eines gefälschten Wortlauts verführt und damit das Publikum über die Tendenz des Urteils belogen, denn er hat gerade die beiden entscheidenden Sätze unterschlagen! So sieht der „anständige Konfurrenzkampf“ aus, den die Freunde der Deutschen Volksversicherung A.-G. gegen die „Volksfürsorge“ führen!

## Neue indirekte Steuern?

Nach der Schröpfung von 1909 konnte man 1913 eine ähnliche Belastung durch indirekte Steuern nicht tragen, deshalb: Wehrbeitrag und Vermögenszuwachssteuer. Was aber, wenn auf eine neue Weise Steuern für Moloß Militarismus eingefordert werden? Daß solche Forderungen in absehbarer Zeit kommen, darf als sicher gelten. Und wenn Betrachtungen darüber, wo bei den indirekten Steuern aufs neue die Daumenschrauben angezogen werden könnten, anscheinend heute nur theoretische Bedeutung haben, so können sie doch über Nacht aus dem Grau der Theorie in das helle Licht des Tageskampfes gerückt sein. Der Geh. Reg.-Rat Dr. Lignier hat eine Arbeit über die Zukunft der Verbrauchssteuern in Deutschland erschienen lassen. Lignier berechnet die in Deutschland gemachten Ausgaben für Bier auf 2526 Millionen Mark, für Wein auf 740, Branntwein auf 760, Tabak auf 1086 Millionen Mark pro Jahr. Weil Frankreich und England Getränke und Tabak erheblich höher durch Steuern belasten als Deutschland, deshalb, meint Lignier, kann auch Deutschland, wenn nötig, mit Leichtigkeit 500 Millionen Mark neuer Steuern aus diesen Artikeln herausziehen. Um zu zeigen, wie geringfügig eine solche Belastung sei, greift Lignier zu dem Mittel, das Dr. Well 1909 schon so schlecht bekam. Er berechnet, wie hoch diese neue Steuer das einzelne Glas Bier oder Schnaps, die Flasche Wein oder die Zigarette belastet. Es ist die altbekannte Weisheit: 200 Millionen Mark Biersteuer verteuern das Glas Bier um 1 Pf., 150 Millionen Mark aus dem Branntwein 1 Glas um 1 Pf., 50 Millionen aus Wein die Flasche um 10–18 Pfennig, 100 Millionen aus Zigaretten die einzelne Zigarette um 1/4–1/2 Pfennig.

Man sieht: das alte Spiel beginnt von neuem. Kriegshege, um den Boden für neue Militärforderungen vorzubereiten, „theoretische“ Betrachtungen, wie man dem armen Volk die Steuerkröpfköpfe am besten aufsetzen könne. Wie bald werden diese Pläne das Objekt heftiger politischer Kämpfe bilden! Wollen wir dagegen gerüstet sein, so stärken wir mit Macht unsere Organisationen und unsere Presse!

## Kommunales.

Heinrich Heine — kein deutscher Dichter. In Hölheid beantragte im Stadtvorordnetenkollegium die sozialdemokratische Mehrheit eine neue Straße Heinrich-Heine-Straße zu nennen. Dem widersprach die Stadtverwaltung (der Bürgermeister und auch der Beigeordnete Herr) mit der geistreichen Bemerkung, daß man einen Namen nicht „so weit herzuholen“ brauche, wo man noch deutsche Dichter habe. Und wenn der Beschluß dennoch gefaßt würde, so werde er nicht durchgeführt, da die Straßenbenennung nicht Sache der Stadtvorordneten ist. — Das im Kreise Düsseldorf liegende Städtchen Hölheid ist also gerettet. Heine, der geborene Düsseldorf, hat diese Art Spießer treffend gekennzeichnet.

Wohnungsmangel und Kleinwohnungsnot in Götting. Die Stadt Götting leidet in hohem Maße an einer chronischen Wohnungsnot. Nach einer vom Magistrat unlängst vorgenommenen Zählung standen dort nur 0,8 Proz. der Wohnungen leer, während bei normalen Verhältnissen mit 2 1/2 bis 3 Proz. gerechnet wird. Es standen bei 24988 Wohnungen für rund 85000 Einwohner, mit andern Worten nur 141 Wohnungen leer; selbstverständlich sind das nicht die besten. Die Folge davon ist, daß die Mieten fortgesetzt steigen. Bei jedem Wohnungswechsel kann der Mieter mit einer Mietssteigerung rechnen. Unter diesen Umständen fällt es kinderreichen Familien nicht nur besonders schwer, überhaupt eine Wohnung zu erhalten, sondern sie können auch die Wohnungsmiete kaum erschwingen. Magistrat und Stadtvorordnetenversammlung haben daher beschlossen, den Bau von Kleinwohnungen (Einfamilienhäuser) in eigener Regie vorzunehmen. Die ersten 20 Häuser, für die mit einem kleinen Gärthchen je nach Größe 160–235 Mk. Miete gezahlt werden sollen, werden zum Oktober bezugsfähig sein. Des weitern hat auch die in Götting bestehende „Gemeinnützige Baugenossenschaft“ den Bau von Ein- und Zweifamilienhäusern für mittlere und kleinere Wohnungen in nächster Nähe der Stadt beschlossen. Die Genossenschaft „Arbeiterbruderei“, in der unser Göttinger Parteiblatt hergestell wird, hat durch Vergabe von Baugeldern

den löblichen Zweck der „Gemeinnützigen Baugenossenschaft“, dem Wohnungsmangel zu steuern, in anerkennenswerter Weise gefördert.

Gemeindevorwahlen. In Nieder-Neichenb. und in Rastig im Wahlkreis Götting-Baun, sowie in Welsau bei Buzlau wurde bei den Gemeindevorwahlen der sozialdemokratische Kandidat gewählt.

Im Zeichen der bürgerlichen Sammlung gegen die Sozialdemokratie sollen sich, wie jetzt feststeht, die Gemeinderatswahlen vom Mai d. J. in Meß und umschmelzen in Mühlhausen i. G. vollziehen. Als erste allerdinge sind in Mühlhausen i. G. die Bürgerlichen so deprimiert, daß in Parteiverfammlungen des Zentrums und der Fortschrittler wie in deren Presse offen die Wahlenthaltung erwogen wird. Und daran ist eine Wahlkreiseinteilung schuld, welche von der Regierung gerade zu dem entgegengesetzten Zwecke, nämlich zur Verhinderung der Wiederkehr einer sozialdemokratischen Mehrheit im Rathaus der oberelbischen Industriestadt ausgeklügelt wurde. Die Stadt Mühlhausen ist mit dem neu-eingemeindeten Vorort Dornach in sechs Wahlbezirke eingeteilt, von welchen drei je sieben Gemeindevorwähler wählen, einer sechs, einer fünf und einer vier, das sind zusammen 36. Davon sind zwei Bezirke mit je sieben Stimmern fast reine Arbeiterbezirke, in welchen die Wahl der sozialdemokratischen Kandidaten sicher ist, und um zwei andere Bezirke mit zusammen zehn Stimmern kämpft die Partei nicht ohne Aussicht auf Erfolg um den Sieg. Eine Partei, die bei den letzten Hauptwahlen vor sechs Jahren unter recht ungünstigen Umständen 45 Prozent aller abgegebenen gültigen Stimmen bekam, läßt sich nicht so einfach durch wahlgeometrische Ränke von vornherein in die Minderheit drängen, wenn nicht zugleich das Wahlrecht eingeschränkt wird; und zum letzteren wäre eine Gesetzesänderung erforderlich gewesen, wenn man von der durchaus zweischneidigen Entstehung des Wahlrechts durch ausgedehnte Gewährung von Armenunterstützung absehen will. So ist den Bürgerlichen gar nicht wohl bei der Sache, und sie wirken offiziell und durch private Bittgänge auf eine Zurücknahme der bereits amtlich bekanntgegebenen Wahlbezirkseinteilung hin, welche bestimmt war, ihnen zu helfen! — Die Sozialdemokratie steht beflusst diesen Bemühungen zu: sie ist bei der gegebenen Sachlage fest davon überzeugt, daß sie bei der allgemeinen Listenwahl sowohl wie bei einer noch so raffinierten Wahlbezirkseinteilung auf ihre Rechnung kommt.

## Aus dem Gerichtssaal.

Die Friedhofsschäre in Lütgendortmund, die jüngst von der Zentrums- und Reichsverbandspresse in geradezu blödsinniger Weise ausgeschlachtet wurde, hat wieder ein gerichtliches Nachspiel gehabt und zur Verurteilung von drei Teilnehmern an der Verdringung geführt. Wir wollen den Tatbestand kurz in Erinnerung bringen. Seit einem Jahrzehnt blieb in Lütgendortmund das Ergraben von Kränzen mit roten Schleifen unbeanstandet. Gerichtsurteile hatten es geradezu sanktioniert. Als aber im November v. J. der Anapasskämpfer R. unter großem Geleite begraben wurde, mißfiel sich die Polizei schon auf der Straße ein und rig Schleifen von den Kränzen. Die Verdringung vollzog sich unter größter Aufregung. Als die Leiche zum Grabe kam, beachteten sie den Geleitenden, den sie für den Urheber des polizeilichen Eingreifens hielten, nicht weiter, sondern legten gleich die Kränze mit eigenen Widmungsworten nieder. Der Geleitende verließ enttäuscht den Friedhof ohne seine Ansprache gehalten zu haben. Es kamen nun sechs Teilnehmer unter Anklage wegen Erdrung einer gottesdienstlichen Handlung. Am Freitag wurde in der Sache verhandelt. Drei Angeklagte wurden freigesprochen, die übrigen drei zu je acht Tagen Gefängnis verurteilt. Das Gericht hat nicht angenommen, daß eine tödliche und absichtliche Erdrung der gottesdienstlichen Handlung vorliegt, sondern daß der Aufruf am Grabe herbeigeführt worden ist durch eine Verletzung unglücklicher Umstände.

## Aus der Jugendbewegung.

Zum Kampf gegen die Jugendbewegung. Wie in Pommern die Lust auf die Arbeiterkraft zu sprechen ist, das zeigte sich wieder dieser Tage vor dem Schöffengericht in Uckermark. Der Genosse Neumann aus Torgelow war wegen Verletzung des Vereinsgesetzes angeklagt. In Torgelow hatte eine Jugendversammlung stattgefunden mit dem Thema: „Die wahren und falschen Freunde der Arbeiterjugend.“ Der Referent wies darauf hin, daß die falschen Freunde nicht einmal für genügend Schutz der Kinder des Volkes sorgen, jedoch sich sogar die Geißelung veranlaßt sah, empfindende Geister zu schaffen. Mit der Mitteilung dieser Tatsache begnügte sich der Referent; der überwachende Amtsvorsteher fand jedoch, daß die Versammlung politisch sei. Genosse Neumann wurde als Leiter angeklagt und auch zu 30 Mark Strafe verurteilt. Der Amtsvorsteher und ein Gendarm befanden sich als Zeugen, der Referent habe die Versammlung und die Geißelung kritisiert, indem er von der Fortbildungsschule und dem Jugendbeschäftigung gesprochen habe. Der Amtsanwalt hielt schon das Versammlungsthema für politisch. Daß die Versammlung politisch gewesen sei, dafür sei auch der Ausspruch des Referenten: „Uns bindet die Liebe, uns bindet die Not“ Beweis zur Genüge. Da konnte denn das Gericht nichts anderes mehr tun, als nur noch die Verurteilung aussprechen. — Noch stehen eine ganze Reihe von Prozessen wegen Förderung der Arbeiterjugendbewegung bevor. Wenn Staatsanwalt und Gericht immer so entscheiden, wie im vorliegenden Falle, steht zu erwarten, daß unsere pommersche Jugendbewegung noch schneller vorwärts kommen wird, als die Bewegung der Erwachsenen.

## Aus Nah und Fern.

Ausgehobenes Mädchenhändlernetz. In Drenburg wurde eine weitverzweigte Organisation von Mädchenhändlern entdeckt, die sich über ganz Mittelasien ausdehnte, so weit man den ersten Berichten glauben konnte. Als die Polizei vor kurzem zwei der Mädchenhändler verhaftete, stellte sie auf Grund der vorgefundenen Korrespondenz fest, daß die Organisation viele Agenten und auch Vertrauensleute in den Seehäfen unterhielt. Die Agenten lockten gewerksmäßig unter allerlei Versprechungen unerfahrene junge Mädchen an sich und verschickten sie dann, nachdem sie sie in ihre Gewalt gebracht hatten, teils nach den russischen Häfen zum Abtransport nach Sibirien und teils nach dem alten Kontinent. Die Behörden sehen sich, wie es heißt, eher in ihrem Umfang kaum zu bewältigenden Untersuchungsarbeit gegenüber.

Mißo der Bauarbeit. Auf dem Gelände der Buchgewerbe-Ausstellung in Leipzig ist für Montag nachmittags beim Bau eines Wellenbades ein Gerüst eingestürzt, wobei ein Arbeiter unter den Trümmern begraben wurde. Der Arbeiter wurde schwer verletzt geborgen, mehrere andere Arbeiter haben leichtere Verletzungen erlitten.

Ein selbst gerichtet. In Wiesbaden fand man am 8. Februar den Rentier August Epp mit einer Schußwunde



im Kopfe in seiner Wohnung auf. Als mutmaßlicher Täter war damals der holländische Artist Walter Stranzfeld verhaftet, aber wieder freigelassen worden, weil Lipp angab, er habe sich den Schuß selbst beigebracht. Sonntag erschien Stranzfeld, vermutlich um eine Erpressung auszuüben, in der Wohnung Lipp's. Dieser schrie um Hilfe, worauf Stranzfeld schloß. Als er sich von Polizeibeamten und Passanten verjagt sah, legte er sich eine Kugel in den Kopf. Er starb gleich.

**Satisfaktionsfähig!** Man schreibt dem „Vorwärts“: Als ich einmal in Mainz wegen Aufforderung zu ungesetzlichen Handlungen — ich war weder Ehrengerichtsrat, noch Kriegsrat, noch der Ober-Kriegsrat, sondern Sozialist — in Unterhaftung lag, war zugleich mit mir ein Graf oder Freiherr von Dorsit inhaftiert und zwar wegen Raub, Betrug usw. Der Graf war leiser mit der Krücke befaßt. Wenn wir nun zum Spaziergang auf den Hof hinunter geführt wurden, so hatte er die Gewohnheit, mit der Hand über das Treppengeländer zu rutschen. Einmal machte ich ihn darauf aufmerksam und sagte höflich: „Ich würde an Ihrer Stelle lieber nicht das Treppengeländer anfassen. Wie leicht kann sich da ein anderer ebenfalls was wegnehmen.“ Der von Dorsit wurde rot, nahm mich mit einem durchdringenden Blick und sagte endlich stolz: „Ich bin Offizier der deutschen Armee — verleihe Sie! Würde es nicht an diesem Orte sein und wären Sie satisfaktionsfähig — dann würde ich anders mit Ihnen reden.“

**Eine Springflut hat bei Noranthes und Dieppe großen Schaden angerichtet.**

**Mutter und Kind überfahren.** Am Sonntag frang in Rodewisch bei Auebach i. Vogt. das Töchterchen des Pflegers Engelmann aus der Danks für ein heraufstehendes Automobil. Die Mutter eilte dem Kinde nach, um es zu retten. Sie wurde zusammen mit dem Kinde überfahren und getötet.

**Ermittelte Mörder?** Am vergangenen Donnerstag wurde in der Nähe der anhaltinischen Ortschaft Gledorf ein Handwerksbursche verhaftet, der verdächtig ist, einer der am Frauenmord bei Komawes beteiligten Männer zu sein. Auffällig ist, daß er Kravatten im Gesicht hat und sein Alibi nicht nachweisen kann. Der Verhaftete heißt Dursk. Er ist dem Dekaner Amtspolizei zugeführt worden.

**Die Erdbeben in Vaden.** In den Erdbebenregionen bei Einheim in Vaden wird noch berichtet: Seit fünf Tagen befindet sich der Abgang, auf dem das Oberdorf steht, in langsame Abwärtsbewegung nach Westen. Bis jetzt sind 11 Häuser vollständig eingestürzt. Das ganze Oberdorf mit Ausnahme eines Hauses mußte geräumt werden. 17 obdachlos gewordene Familien mit ihrer Habe und ihren Viehbeständen haben in benachbarten Gemeinden Unterkunft gefunden. Das ganze Gebiet der Aufschüttungen, das einen trostlosen Anblick bietet, ist in weitem Umfang durch Gendarmen abgeperrt worden.

**Auf den Spuren eines Märders.** Bei dem Umbau des Hauses Hauptstraße 20 in Sprendlingen fand man die Überreste eines menschlichen Leibes. Nach dem ärztlichen Gutachten handelt es sich um das Bein eines 15- bis 17-jährigen Mädchens, das in der Hälfte vom Oberknie ab abgeschnitten war. Man nimmt an, daß der Körper zu einem vor Jahren spurlos verschwundenen Mädchen gehört. Eine genauere Feststellung konnte nicht erfolgen.

**Die Frau des französischen Finanzministers als Attentäterin.** Die Frau des Finanzministers Caillaux feuerte im Bureau des „Figaro“ auf den Direktor des „Blattes“, Calmette, der seit einigen Wochen eine überaus heftige Feindschaft gegen Caillaux führt, mehrere Revolvergeschosse ab. Die Frau ließ sich gegen 6 1/2 Uhr abends bei Calmette melden, der sie ohne weiteres empfing. Kaum betrat sie das Bureau, als sie ohne ein Wort zu sagen, fünf Revolvergeschosse gegen Calmette abfeuerte, der schwerverwundet zusammenbrach. Ein Schuß drang ihm in den Unterleib. Calmette wurde sofort in eine Klinik gebracht. Frau Caillaux, die sich, ohne Widerstand zu leisten, von Redakteuren und Bureauangestellten festnehmen ließ, wurde auf einem nahegelegenen Polizeikommissariat verhört. In parlamentarischen Kreisen erregte das Attentat das größte Aufsehen.

**Opfer des Meeres.** Die schwedische Bark „Trifolium“, von Gothenburg nach Bahia unterwegs, wurde in der Nähe von Landsend in einem furchtbaren Sturm schiffbrüchig. Der Kapitän, der zweite Matros und drei Mann der Besatzung sind ertrunken. Der erste Matros und fünf Matrosen konnten von der Küstenwache unter übermenschlichen Anstrengungen gerettet werden.

**Der Orkan in Kaukasus.** Ein durch die Unterbrechung des Telegrammverkehrs verzögertes Telegramm aus Teis am Jowischen Meer meldet: In der Nacht vom 11. zum 12. März begann der Sturmwind zum Orkan auszuweichen. Überall wurden Gebäude umgeworfen und Dächer herabgerissen und in der Luft umhergewirbelt. Es war unmöglich, an das Meeresufer heranzukommen, da die ganze Gegend überflutet war, und das Meeresniveau sich über die Landung herüberwälzte und die Bucht mit dem Meere vereinigte. Ein Feuerwehrrückzug rettete die arme Bevölkerung und ihre Habe aus den nachgelassenen Häusern. In der Stadt sind viele Häuser zerstört und von mehreren Kirchen die Aeste herabgerissen worden. Auf den Straßen liegen Ausschüttungen und Ziegelsteine herum. Auf den Holzplätzen ist das Holz auseinandergerissen. Heu- und Strohvorräte sind in alle Winde getrieben worden. Fischerboote wurden im Hafen von ihren Anker gerissen und zertrümmert. Getreidespeicher vom Sturm abgedeckt und das Getreide nach allen Richtungen in die Luft geweht. Der angerichtete Schaden ist sehr groß. Infolge des Orkans sind die Wasser im nordwestlichen Kaukasus über drei Meter gestiegen. In der jüdischen Nacht wurden auf der Aschmewest-Landsung an der südlichen Küste des Jowischen Meeres durch Hochwasser 33 Häuser zerstört. 500 Eingeborene verloren ihr Leben, nur wenige konnten sich vor den anstürmenden Wogen retten, 33 Kasabender sind vollständig vernichtet.

**Zehn Arbeiter auf einer Bootsfahrt ertranken.** Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Turn-Severin: Ein Boot mit 13 Arbeitern, das von Serbien herüberkam, schlug auf der Donau um. Sämtliche Insassen sind ertrunken.

**Wagen über Bord.** In der Nacht vom Sonntag zum Montag in auf der Reise von Stettin nach Königsberg vom Dampfer „Emma“ der Steuermann Göben über Bord gesprungen worden und ertranken. Obgleich das Schiff sofort beorderte und alles tat, um den Verunglückten wieder aufzufischen, gelang die Rettung des letzten Retters nicht.

**Sechs Eisenbahnwagen von den Zugkräften verbrannt.** Die englischen Zugkräfte haben ein neues Verbrechen begangen. Am Mittwoch wurde die Feuerwehrrückzug der Eisenbahn der Midlands-Railway bei Kings Norton gestoppt, wo eine Anzahl Eisenbahnwagen in Flammen lagen. Sechs Wagen sind vollständig verbrannt, drei

schwer beschädigt. Der Schaden beträgt über tausend Pfund Sterling. In der Nähe fand man Druckschriften der Frauenstimmrechtsbewegung.

**Das Erdbeben in Japan.** Wie aus Tokio telegraphiert wird, teilt der Gouverneur des japanischen Landbezirks Mita mit, daß bei einem Erdbeben in vier Kreisen 35 Häuser eingestürzt sind. 83 Personen sind getötet oder erheblich verletzt worden. Im Kreis Sedbrota allein sind 357 Häuser und 75 Personen zu Schaden gekommen. Die Verkehrswege sind beschädigt, zum größten Teil unterbrochen worden.

## Genossenschaftsbewegung.

**Organisationsarbeit im Dienste der Konsumenten.** In dem reichen Kranz organisatorischer Einrichtungen, die alle an der Neuordnung der Warenverteilung arbeiten, ist eine Institution in weiteren Kreisen weniger bekannt. Es liegt in der Natur der von ihnen geleisteten Arbeit, daß die Einkaufsvereinigungen äußerlich weniger hervortreten, was der großen Bedeutung ihrer Arbeit wahrlich keinen Abbruch tut. Die Einkaufsvereinigungen sind die Verbindung einer Anzahl Konsumenten eines Wirtschaftsgebiets. Diese Vereinigungen treten ungefähr jeden Monat zusammen, um ihre Einkäufe gemeinsam zu betätigen. Ganz abgesehen von dem Nutzen, den dieser gemeinsame Einkauf gewährt, leisten diese Zusammenkünfte in mancher anderen Hinsicht ungemein Ersprießliches für die Regelung des Konsums großer Massen Verbraucher. Die Tagung der Einkaufsvereinigungen ist in hervorragender Weise die Stätte gegenseitiger Belehrung und Verständigung über genossenschaftliche Angelegenheiten. Hier hat der Einkäufer des Konsumvereins immer Gelegenheit zum Studium des Wirtschaftslebens und zum immer besseren Kennenlernen der Waren. Die Einkaufsvereinigungen sind unentbehrlich geworden in der Reihe der gemeinsamen Institutionen der deutschen Konsumvereine. Sie sind so recht das vortrefflich arbeitende Bindeglied zwischen den einzelnen Genossenschaften und den zentralen Unternehmungen, vor allem der Großeinkaufsgesellschaft und den verschiedenen Unternehmungen des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. Im Jahre 1913 bestanden im Gebiete des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine 18 Einkaufsvereinigungen, denen 944 Genossenschaften angehörten. Diese Vereinigungen hielten in dem genannten Jahre 449 Einkaufstage ab, auf denen für beinahe 58 Millionen Mark Waren gekauft wurden. Sämtliche Waren wurden, was ganz selbstverständlich ist, der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine in Auftrag gegeben. Es ist ein erfreuliches Zeichen, daß die Entwicklung des Warenverkehrs in den Einkaufsvereinigungen ein noch schnelleres Tempo zeigt als die Umsatzerhöhung der Konsumvereine im allgemeinen und der Großeinkaufsgesellschaft. Die Nützlichkeit der Arbeit konsumgenossenschaftlicher Einkaufsvereinigungen steht unstrittig fest. Auch ihre Arbeit wird die organisierten Konsumenten ihrem Ziele beträchtlich und dauernd entgegenführen.

**Der blamierte Konsumvereinsbekämpfer.** Es ist schon wiederholt vorgekommen, daß Mitglieder der Konsumvereine sich unlauterer Mittel bedienen, um die Konsumvereine zu schädigen. Nach dem Genossenschaftsgebot darf ein Konsumverein nur an Mitglieder Waren abgeben. Wiederholt sind die Gegenüber der Konsumgenossenschaftsbewegung auf den erhabenen Gedanken verfallen, man verübe eine gute Tat, wenn man den Konsumverein in der Art ins Unrecht setze, daß man Nichtmitglieder veranlasse, in der Genossenschaft Waren zu kaufen. Aber nicht immer finden sich beherrschende Instanzen, die für ein solches Denunziantentum das erhoffte Verständnis haben. So ist es jetzt dem Rechtsbureauvorsteher der Firma Gottlieb, die in Freiburg im Breisgau und anderen Orten Filialen unterhält, richtig vorbeigezungen. Angestellte des Konsumvereins in Strafe nehmen zu lassen. Der Herr Rechtsbureauvorsteher eines kapitalistischen Kolonialwarenenunternehmens hatte einen arbeitslosen Fabrikarbeiter veranlaßt, gegen Bezahlung von 2 Mk. Waren in verschiedenen Läden des Freiburger Lebensbedürfnisvereins zu kaufen. Dann zeigte der Rechtsbureauvorsteher das Personal des Konsumvereins wegen Übertretung des Genossenschaftsgebotes an. Die Polizeibehörde setzte eine Ordnungstrafe für das beteiligte Personal des Konsumvereins, aber auch für den Veranlasser des Kaufes und den Käufer wegen Verleitung zu einer ungesetzlichen Handlung. Alle Beteiligten, mit Ausnahme des Rechtsbureauvorstehers, legten gegen die Strafbefehle Berufung ein. Die Zeugenaussagen ergaben keine Anhaltspunkte dafür, daß die Befragten die wirklichen Verkäufer waren. Das Personal des Konsumvereins wies nachdrücklich darauf hin, daß weder regelmäßig noch bewußt an Nichtmitglieder verkauft werde, da die Genossenschaft nicht das mindeste Interesse an dem Verkauf an Nichtmitglieder habe. Das Gericht hob die Strafbefehle auf und sprach die Angeklagten frei; auch der Käufer wurde freigesprochen, da er nicht das Bewußtsein gehabt habe, andere zu einer Gesetzesverletzung zu veranlassen. Als einziger Betrafter bleibt also nur mehr der Veranlasser übrig. Und das ist recht so! Würden die Gerichte sich in solchen Fällen auf einen anderen Standpunkt stellen, so wäre dem Denunziantentum Tür und Tor geöffnet. Durch solche, dem allgemeinen Rechtsbewußtsein Rechnung tragende Urteile wird dem vorgebeugt. Das Urteil wäre ein vollständig befriedigendes gewesen, wenn man dem Urheber der Sache die gesamten Kosten des Verfahrens hätte auferlegen können, was er redlich verdient. Nun müssen leider die Steuerzahler zum Teil für die Verleitung zu Ungeheuerlichkeiten aufkommen.

## Standesamtliche Nachrichten

vom 8. bis 14. März 1914.

### Eheliche Geburten.

a) **K n a b e n:** (Name und Beruf des Vaters).

2. März. Versicherungsbeamter H. C. J. Gröning. 3. Arbeiter M. J. Johannis. 4. Former J. C. W. Andt. Kaufmann J. Einhart. Arbeiter J. H. H. Woll. 5. Maurer D. A. A. Göke. 6. Schuhmacher G. Th. H. Wilson. Straßenbahnwagenführer A. E. H. Boldt. 7. Kaufmann A. B. Eisfelder. Kaufmann D. J. M. H. Dahn. Betriebsinspektent bei den holländischen Gasanstalten C. J. W. Mirids. Maurer D. J. H. Eisse. 8. Maschinenist J. Chr. H. Kunge. Friseur und Zahnarzt J. H. C. Sieg. 9. Straßenbahnarbeiter W. J. J. Lohmann. Arbeiter W. J. H. Rebesch. Arbeiter A. J. Chr. Petermann. Schlachtereigelle B. K. Krehshmar. 10. Bohrer H. A. D. Siegrist. Böttcher A. J. C. Will. Kutscher C. J. H. Harloff. 11. Steinmetz J. D. Werner. Wirt C. G. H. A. Ehler. Monteur D. K. G. Cabel. Arbeiter C. A. Behrend.

b) **M ä d c h e n:** (Name und Beruf des Vaters).

2. März. Gärtner C. H. J. H. Stapelsfeld. 3. Glaser D. J. C. Lipp. 4. Arbeiter J. H. J. Stormer. Lehrer P. J. H. Barwid. 5. Stellmacher J. H. J. Hücher. Schlossergelle H. A. B. Peters. 6. Schiffsoffizier W. H. A. Lohd. Kaufmann P. A. Chr. Halse. Lokomotivheizer C. D. A. Gammelin. Telegraphen-Apparat A. H. Wagner. 7. Bureauangestellte H. Chr. J. Kuhlmann. 8. Tischler J. B. Reiff. 9. Arbeiter C. M. H. Harsad. Maurermeister J. J. Chr.

Benit. 10. Bahnarbeiter M. E. M. C. Bartel. Gärtner W. J. D. Krüger. 11. Arbeiter H. H. Jabs. 12. Arbeiter A. J. Malmsfröm.

### Ungeordnete Aufgebote.

3. März. Oberlehrer Professor Dr. phil. Chr. G. J. Ahlborn in Hamburg und D. J. M. Sach. Friseur R. L. A. Sufmehl in Barmen und J. M. A. C. Dauter in Hernburg. Elektrikmeister R. D. Schatte und E. Wols in Marxen. Zahnarzt J. H. A. M. Wesendahl in Kiel und J. Schmidt. Maurergelle C. Leuerenz und C. D. A. Wulff. Arbeiter D. Sprid und G. M. Stroyal. 10. Tapezierergelle J. J. J. H. Martens und M. J. H. Behrens. Maurergelle H. A. W. Klog und C. A. M. W. Törber. Massier W. A. Jahn in Hamburg und J. L. Jahr in Schmölten. Pastor A. Th. W. Stahmann in Hollenstedt und C. Jieg. 11. Kammer H. J. J. A. Heidmann und A. W. C. Dauter in Schin. Maurergelle J. H. W. Eggers und A. J. H. Ahrend geb. Käge. Friseurmeister R. J. M. Jabs und M. A. J. Wollin. 12. Handlungsgehilfe D. Brandis und W. A. E. Kahls. Stellmachergelle J. H. A. Kähler und L. J. K. Krugli. Klempner R. M. H. Schwarz und M. Sobiewski. Kellner H. J. Wulff und A. J. H. Senff. Chauffeur P. G. C. Zemde und G. A. L. Ehrigien. Seemannsmeister J. H. Eichner und H. C. A. S. Otto in Gelsdorf. Schuhmachergelle K. Hind in Reinfeld und M. M. S. Burmeister in Stedelsdorf. 13. Drogist C. Kruse und D. M. Hajenbank in Stedde. Lederhändler H. L. F. Teuteberg und A. M. Apmann in Neuenwerder. Schlachthofkassier R. J. Chr. J. Denker und B. A. M. Metelmann. 11. Bohrer H. A. H. Meyer und H. M. Schlegel, beide in Bremen. Arbeiter J. A. W. Reimers in Rehfen und L. S. D. H. Knaack. Monteur J. H. H. Bund und J. B. C. Alekzien in Klüg. Klempner H. Th. Chr. Römer und L. J. W. Müde geb. Bland.

### Eheliche Tode.

10. März. Maschinenist J. Chr. M. Nielsen in Aarhus und A. M. A. C. Wendtsland. 11. Arbeiter C. J. A. Benthin und P. Zimmer. Schweizer W. J. Vieda und C. M. Petersson. Feldwebel C. J. W. M. Ludmann und H. W. P. L. Stard. Buchhalter A. H. J. Schmalfeldt in San Francisco und H. M. M. Wittern.

### Sterbefälle.

7. März. Kaufmann A. Bon, 67 J. 8. J. geb. Sieran, Witwe des Leutnants J. von Dorrien, 81 J. C. S. C. geb. Brüggemann, Witwe des Arbeiters J. J. F. Langhans, 76 J. Privatmann H. W. L. Bedmann, 86 J. H. H. A. Behnde, 7 Mt. C. M. J. geb. Behr, Witwe des Topfers G. H. Th. Molbenhauer, 77 J. H. W. A. Meyer, 15 J. (Herrenmont). 9. Ein folggeb. Knabe, W. J. Arbeiter A. H. H. Behnke. M. H. Pott, 1 J. Konjul H. A. C. Krohn, 89 J. 10. Laternenwärter A. D. J. P. J. M. Lundt, 72 J. Kaufmann H. C. L. W. H. Seidel, 50 J. Arbeiter J. G. Haejeler, 65 J. M. S. geb. Gendordt, Ehefrau des Hausinnehmers J. J. Chr. Bagels, 76 J. Privatmann L. H. Tiedde, 63 J. Arbeiter J. H. Jabs, 82 J. Kellner H. H. C. Pfeiffer, 25 J. (Waldhufen). 11. Privatmann J. Chr. C. Cowalsky, 83 J. C. A. J. Heinjins, 17 J. 12. C. C. geb. Diberni, Witwe des Arbeiters J. W. Tippach, 76 J. Privatmann C. J. Th. Schmidt, 85 J. 13. C. W. A. Stegmann, 3 Mt. A. J. H. Will, 1 Mt. 14. M. Chr. S. J. H. geb. Herzog, Ehefrau des Lokomotivführers H. J. Jofft, 43 J. H. C. C. W. Bedmann, 7 Mt. S. M. J. Quetgens, 66 J.

## Holzverkäufe.

**Forstrevier Waldbusen.** Am Dienstag, dem 24. März 1914, von vormittags 11 Uhr ab sollen in der Gastwirtschaft von Wm. Bergwardt, Waldbusen, öffentlich meistbietend verkauft werden: ca. 60 Stck. Eichen-Pfähle — 1,60 fm. 2 Meter lang, 26 Stck. Nadelholz-Pfähle — 0,52 fm. 2 Meter lang, 570 Stck. Nadelholz-Schleete 1.—3. Kl., Gerüststangen, Leiterbäume starke Schleete, 1000 Stck. Nadelholz-Schleete 4.—6. Kl., geringe Schleete, Wohnstangen, 220 Nm. Buchen-Kluff und Knüppel, 80 Nm. Nadelholz-Knüppel, 70 Haufen Buchen- und div. Laub. Holznummern von 351 ab. Spezielle Verzeichnisse von Sonnabend, den 21. d. Mts. auf der Oberförsterei und im Verkaufslot.

**Forstrevier Irzelsdorf.** Holzverkauf am Montag, dem 23. März, von vormittags 10 Uhr an, im Schweizerhaus, Irzelsdorfer Allee. Eichen: 8 Stck. 3 Meter lg. = 0,50 fm., 62 Nm. Pfähle, 2 Meter lg., 2 Nm. Kluff, 23 Nm. Knüppel, 50 St. Laub. Buchen: 3 Nm. Kluff, 6 Nm. Knüppel, 150 St. Laub. Birken und Eichen: 2 Nm. Kluff, 7 Stck. Weiden-Kiepenholz = 0,79 fm., 141 St. Weichholz-Laub. Nadelholz: 2 Stck. mit 1,02 fm., 166 Stangen 1.—3. Kl., 72 Stangen 4.—6. Kl., 7 Nm. Knüppel, 33 Nm. Stubbau, 55 St. Kiefern-Stangenbuch, 10 Nm. Kiefern-Pfähle, 2 Meter lg. Holzverzeichnisse liegen aus vom 19. März an auf der Stadtkasse, im Schweizerhaus, in der Forsthalle und bei den Forstbeamten.

## Literarisches.

Aus dem Inhalt der nächsten Nummern der Zeitschrift: Wilhelm Bölsche: Der goldene Stern, ein naturwissenschaftliches Gedicht; Theodor Stiel: Die Stimme des Volkes, ein allegorisches Märchen; Rudolf von Dellius: Uebergang zur Neuzeit, eine philosophische Abhandlung; S. G. Kallenberg: Anton Bruckner, eine kurze Lebensbeschreibung; Heinrich Verjch; Gedichte eines Kesselschmieds; Heinrich Zerkanten: Hans Heiners Fahrt ins Leben, eine Geschichte; Otto Saure: Poesie und Sage im Bergbau; Alice Bayre: Aus einem russischen Zerkanten; J. A. Rohmähler: Bäume im März, eine naturwissenschaftliche Abhandlung; Heinrich von Kleist: Ergötzliche Anekdoten; Fritz Müller: Kleine Geschichten. — Man sieht schon aus dieser kurzen Aufzählung, daß die Zeitschrift eine reichhaltige und vor allem auch eine vielseitige Zeitschrift ist, die trotz der bis jetzt von keiner andern ähnlichen Wochenchrift erreichten Billigkeit ihren Abonnenten jährlich vier schöne Buchbeiträge spendet. Wer die Zeitschrift nicht kennt, lasse sich von der Geschäftsstelle der Zeitschrift, Stuttgart, Ludwigsstraße 26, einige Gratisprobenummern kommen.

**Militarismus, Krieg und Arbeiterklasse.** Rosa Luxemburg vor der Frankfurter Strafkammer. Ausführlicher Bericht über die Verhandlungen am 20. Februar 1914. Umfang 16 Seiten. Preis 10 Pfg. Buchhandlung Volksstimme, Frankfurt am Main. Dieser Prozeß, der zu der Verurteilung unserer Genossin Dr. A. Luxemburg zu einem Jahre Gefängnis führte, ist wohl eine der markantesten „Rechtsprechungen“ der letzten Jahre. So wertvoll nun auch die Ausführungen des Staatsanwalts sind, so gehaltvoll die Reden der Verteidiger, über allem steht die wichtige Rede unserer Genossin. So wird noch in späteren Jahren man gerne nach diesem Prozeßbericht greifen, der so recht die großen Gegensätze zwischen der herrschenden und der kommenden Partei zeichnet. Alle Parteibuchhandlungen, Kolporteurs und Zeitungsboten liefern diese Broschüre.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwaib. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Babel.